


www.laender-analysen.de/ukraine

VOLONTÄRORGANISATIONEN IM DONBASS-KONFLIKT SOZIALES MILIEU DER MILIZKOMMANDEURE DEBATTE ÜBER EINE BEWAFFNETE OSZE-MISSION HUMANITÄRE LAGE

■ ANALYSE	■ KOMMENTAR
»Heimatfront« – Die ukrainische Volontärsbewegung	Die Debatte um eine bewaffnete OSZE-Mission in der Ostukraine
Von Oleg Friesen, München	Von Katerina Bosko, Bremen
2	19
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	■ UMFRAGE
Vertrauen in die Volontärsorganisationen Anfang Juni 2016	Aktuelle Umfrage zum Donbass-Konflikt
6	20
■ DOKUMENTATION	■ DOKUMENTATION
Die Kundgebung des »Asow«-Zivilkorps gegen die Wahlen im Donbass am 20. Mai 2016	Stellungnahmen zu Poroschenkos Vorschlag über eine bewaffnete OSZE-Mission in der Ostukraine
8	23
Stellungnahmen zum Skandal um die Webseite Mirotworez (Friedensstifter)	Angriffe gegen die OSZE-Sonderbeobachter- mission in der Ostukraine
10	25
■ ANALYSE	■ STATISTIK
»Les Miserables«: Biographien von »Noworos«- und ukrainischen Milizkommandeuren im Vergleich	Binnenflüchtlinge, Verletzte und Tote infolge des Donbass-Konflikts
Von Andrey Shcherbak, Sankt Petersburg, Russland	28
13	■ DOKUMENTATION
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	UN-Länderteam für die Ukraine: 10 Fakten über die Ukraine-Krise
Das soziale Milieu der Milizkommandeure	30
17	■ CHRONIK
	13. – 26. Juni 2016
	32



Forschungsstelle **Osteuropa**
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Ukraine-Analysen
werden unterstützt von

MANGOLD
Consulting

»Heimatfront« – Die ukrainische Volontärsbewegung

Von Oleg Friesen, München

Zusammenfassung:

Der Krieg in der Ostukraine hat weite Teile der ukrainischen Bevölkerung beispiellos mobilisiert. Trotz Krise und wachsender sozialer Unsicherheit sind viele Ukrainer bereit, große Summen Geld an die kämpfende Armee zu spenden. Seit dem Maidan bildeten sich im ganzen Land zahlreiche Volontärsorganisationen, eine regelrechte Bewegung: der Volonterskij Ruh. Viele Ukrainer wurden auch zu Volontären, weil sie die ukrainische Armee aus eigener Kraft unterstützen, ohne sich einer Organisation anzuschließen. Doch versuchen nicht selten Einzelpersonen oder sogar Gruppen, sich an der Opferbereitschaft der Ukrainer zu bereichern. Trotz einer Reihe von Skandalen ist die Leistung der ukrainischen Volontärsorganisationen im Kampf der ukrainischen Armee in der Ostukraine jedoch unleugbar.

Einleitung

Als im Frühling 2014 in der Ostukraine der Krieg ausbrach, standen auf dem Maidan noch die Barrikaden und die Zelte der Demonstranten. Mehrere umliegende Gebäude waren noch bis Spätsommer des Jahres besetzt. So war das Hauptpostamt am Unabhängigkeitsplatz monatelang Hauptquartier des aus den Schlagzeilen bekannten »Rechten Sektors«. Dort wurden freiwillige Kämpfer angeworben, aber auch Spenden zur Formierung des Freiwilligenbataillons »Rechter Sektor« gesammelt. Spendensammler gehörten bald zum Bild des Kiewer Unabhängigkeitsplatzes und blieben auch nach Abräumen der letzten Barrikaden im August 2014 auf dem Platz. Noch heute begegnet man auf dem Maidan Männern mit Spendensammeldosen die um Geldspenden für bestimmte Truppenteile der ukrainischen Armee bitten. Regelmäßig kommt es auf dem Maidan zu Konflikten, denn bei einigen Spendensammlern handelt es sich um sogenannte »Pseudovolontäre«: Personen, die Geld für nicht existierende Truppenteile sammeln, oder zu bestehenden Einheiten keinerlei Bezug haben. Meistens sind es ukrainische Armeeveteranen, die sich organisieren, um Pseudovolontäre vom Platz zu verjagen. Mittlerweile werden Pseudovolontäre auch von der neuen ukrainischen Streifenpolizei verfolgt, die sie nicht mehr bestechen können. Doch trauen sich immer wieder Einzelpersonen oder Gruppen, als vermeintliche Volontäre um Spenden zu bitten, um an der Opferbereitschaft der Ukrainer zu verdienen. Mittlerweile findet man in der Ukraine Werbekampagnen, die dazu aufrufen, nur den Volontärsorganisationen zu vertrauen, die sich seit dem Maidan in der Ukraine etabliert und in der Öffentlichkeit einen guten Ruf haben.

Im Jahr 2014 entstanden viele Volontärsorganisationen. Ihre genaue Zahl ist nicht erfassbar, da sich Gruppen auflösten, kleinere Gruppen verschmolzen oder in größeren aufgingen. Dabei gründeten sich immer neue Gruppen. Die Volontärsorganisationen, die auch heute für den Nachschub der ukrainischen Streitkräfte sor-

gen, sind verschieden, doch durchaus kategorisierbar. Viele dieser Gruppen arbeiteten in Absprache untereinander gewisse Profile aus, um sich auf die Beschaffung und Lieferung bestimmter Hilfsgüter zu konzentrieren. Dabei ist auch die Zielgruppe unterschiedlich, denn viele Gruppen konzentrieren sich nur auf bestimmte Truppenteile, die Nationalgarde oder die Freiwilligenbataillone. Neben Volontären, die die ukrainische Armee unterstützen, bildeten sich auch Fonds und Hilfsorganisationen, um den tausenden ukrainischen Binnenflüchtlingen zu helfen oder gar, um das ukrainische Gesetz zur Lustration des Staatsapparats zu forcieren.

»Geboren auf dem Maidan«

Viele ukrainische Volontärsorganisationen haben ihren Ursprung in den Maidanprotesten ab Herbst 2013. Dort organisierten sich die Demonstranten unter dem Dach der »Selbstverteidigung des Maidans« in Hundertschaften, um den Maidan effektiv vor den Sicherheitskräften des damaligen Präsidenten Janukowitsch zu schützen, aber auch, um die Versorgung des Protestlagers mit Lebensmitteln zu gewährleisten (s. [Ukraine-Analysen 130](#)). Einige Demonstranten schlossen sich zum sogenannten Automaidan zusammen. Sie patrouillierten mit ihren Privatwagen in den Straßen Kiews, um die in Bussen herbeigekarrten angeworbenen Schläger abzufangen, mit denen Ex-Präsident Janukowitsch die Demonstranten einschüchtern wollte. Ende Februar 2014 war Wiktor Janukowitsch gestürzt, Russland annektierte im Monat darauf die Krim und schürte Unruhen in den östlichen Regionen der Ukraine, wo schließlich ein Krieg ausbrach. Viele Hundertschaften schlossen sich unverzüglich gemeinschaftlich der neugegründeten Nationalgarde der Ukraine an. Andere Gruppen fanden sich, um die Soldaten im Osten mit dem Nötigsten zu unterstützen. Viele Aktivisten des Automaidans erklärten sich darauf bereit, die Hilfsgüter in die Ostukraine zu bringen.

Im Frühjahr 2014 war die Ausrüstung der ukrainischen Armee miserabel, gezeichnet durch die jahre-

lange korrupte Misswirtschaft im ukrainischen Verteidigungsministerium. Es fehlte an Schutzausrüstung, wie kugelsicheren Westen, Kevlarhelmen und Stiefeln. Viele ukrainische Soldaten trugen in den ersten Monaten der Kampfhandlungen noch die alten Stahlhelme aus sowjetischer Produktion. Eine erste größere Volontärsorganisation aus der Maidanbewegung bildete sich mit der »Wolonterska Sotnja« (Volontär-Hundertschaft). Diese Gruppe konzentrierte sich zunächst vor allem auf die Lieferung von medizinischen Gütern und Schutzwesten. Zielgruppe der Organisation waren vor allem die Freiwilligenbataillone und die Nationalgarde, wo mittlerweile viele Maidan-Aktivisten dienten. Gründerin der Gruppe war die damals 28-jährige Olena Masoryna, die sich bei den Parlamentswahlen 2014 von der Partei »Volksfront« in die Werchowna Rada wählen ließ, um die Interessen der Volontäre auch auf politischer Ebene durchzusetzen. Ebenfalls ihre Wurzeln in den Maidanprotesten hat die Gruppe »Initiatiwa E+«. Während des Maidans organisierten die Volontäre dieser Gruppe Lazarette für die Verwundeten. Auch jetzt konzentriert sich »Initiatiwa E+« auf medizinische Güter für die ukrainische Armee, hilft aber auch Zivilisten in den Kriegsgebieten.

Zu Beginn des Krieges agierten zunächst viele Volontäre ohne größeren Gruppen anzugehören. So etablierten kleinere Gruppen oder Privatpersonen Kontakte direkt zu den Einheiten der ukrainischen Armee oder zu den Militärkrankenhäusern, um auf eigene Faust zu spenden, oder um aus Furcht vor Verurteilung persönlich Güter einzukaufen und zu transportieren. Viele Unternehmen zeigten sich auch zu kostenlosen Lieferungen an die Armee bereit. Bekannt ist der Fall, dass eine Reihe von Autowerkstätten begann, kostenlos ukrainische Militärfahrzeuge zu reparieren. Viele der benötigten Güter mussten aus dem europäischen Ausland beschafft werden, wobei es aufgrund der europäischen und ukrainischen Zollbestimmungen nicht selten zu Problemen kam. So darf über die ukrainisch-polnische Grenze nur eine Schutzweste pro Person transportiert werden, weshalb die Volontäre oft die Hilfe der Passagiere von Reisebussen in Anspruch nehmen mussten. Viele der heute noch frei von Volontärsorganisationen agierenden Aktivisten gehören politischen Parteien und NGOs an. Dabei sehen nicht wenige ukrainische Politiker eine Reise in die Ostukraine unter dem Vorwand, Hilfsgüter für die Armee zu liefern, als willkommenen Anlass zur Selbstdarstellung. Dagegen darf die Arbeit der ukrainischen Kirchen, mit Ausnahme der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, nicht unterschätzt werden, welche der Armee einen erheblichen Teil ihrer Kollekten spenden.

Die großen Volontärsorganisationen

Im Sommer 2014 entstanden größere Gruppen von Volontären. Diese boten, auch wenn man ihnen nicht beitreten wollte, zumindest eine Plattform für die Vernetzung und Absprache zwischen den verschiedenen Aktivistengruppen an. Die wichtigsten 2014 entstandenen Volontärsorganisationen sind »Armija SOS« (Armee SOS), »Narodnyj Tyl« (Heimatfront), »Myrotwortzi Ukraini« (Friedensstifter der Ukraine) und »Powernys Zhywym« (Kehr lebend zurück). Die im April 2014 gegründete Gruppe »Powernys Zhywym« gehört durch geschickte Medienkommunikation und Nutzung sozialer Netzwerke zu den bekanntesten im Land. Der Gründer der Gruppe, Witalij Dejneha, ist selbst IT-Spezialist. Die aktuell 45 Volontäre dieser Gruppe kommen nicht nur aus Kiew, sondern auch aus anderen Städten der Ukraine. Im ersten Monat ihres Bestehens konnte die Organisation über eine Million Hrywnja sammeln, für das gesamte Jahr 2014 schließlich 50 Millionen (damals ca. 2,5–3 Millionen Euro). »Powernys Zhywym« unterstützt vor allem die 80. und die 95. Fallschirmjägerbrigade der ukrainischen Armee, weitete ihre Hilfe aber auch auf andere Truppenteile aus. Durch diese Volontärsorganisation erhielten die ukrainischen Fallschirmjäger nicht nur Helme und Schutzwesten, sondern auch Nachtsichtgeräte und andere High-Tech-Ausrüstungen. Auf ihrer Internetseite legt »Powernys Zhywym« offen, wie mit den Spenden der jeweiligen Sponsoren verfahren wird. Diese Offenheit brachte ihr den Ruf ein, seriös und vor allem ehrlich zu arbeiten. Im Frühling 2015 ließ sich die Gruppe offiziell als Fonds registrieren. Mit intensiver Medienarbeit berichtet »Powernys Zhywym« auch über die Zustände in der ukrainischen Armee und macht dortige Skandale und Missstände publik. Ein im April dieses Jahres veröffentlichter Bericht über Missstände bei den Ukrainischen Seestreitkräften führte zur Entlassung des Oberbefehlshabers, Admiral Serhij Hajduk, durch den Präsidenten der Ukraine.

Die großen Volontärsorganisationen »Armija SOS«, »Narodnyj Tyl«, »Myrotwortzi Ukraini« und »Powernys Zhywym« helfen der ukrainischen Armee nicht nur mit materiellen Gütern, sondern organisieren auch Lehrgänge für Spezialisten und kulturelle Veranstaltungen für die ukrainischen Soldaten. Moralische Unterstützung ist eine wichtige Komponente für die ukrainischen Soldaten an der Front. Tausende ukrainische Kinder malen auf Initiative der Volontäre Bilder und Postkarten für die Soldaten, die von den Volontären schließlich überbracht werden. Die Volontärsorganisation »Narodnyj Tyl« (Heimatfront) des IT-Spezialisten Heorhij Tuka unterstützt mit den Spendengeldern auch Schulen und Kindergärten in den vom Krieg betroffenen Regionen Donezk und Luhansk. Auf das von »Narodnyj Tyl«

betriebene Projekt »Mirotworez« (Friedensstifter), welches eine Besonderheit darstellt und unlängst für Schlagzeilen sorgte, wird dieser Artikel später noch eingehen.

Eine Vielzahl von Volontärsorganisationen agiert auf lokaler Ebene und unterstützt lokal gebundene Truppeneinheiten oder lokale Freiwilligenbataillone, die »Bataillone territorialer Selbstverteidigung«. Hilfe für die ukrainische Armee kam aus allen Teilen des Landes, auch die Bevölkerung der Kriegsregionen Donezk und Luhansk leistete den Soldaten nicht unerhebliche Hilfe. Außer der Hauptstadt Kiew bildet die Westukraine jedoch das Zentrum der Volontärsarbeit. In der Region Ternopil betreiben mehrere lokale Volontärsorganisationen das »Logistische Zentrum für die Unterstützung der Soldaten der Antiterroristischen Operation«. Dabei handelt es sich um den landesweit größten Sammelpunkt für Hilfsgüter für die ukrainische Armee, von dem aus die Verteilung an die einzelnen Truppenteile verwaltet wird. Die größte Volontärsorganisation außerhalb Kiews ist die »Narodna Samoborona Lwiwschyny« (Volks-Selbstverteidigung der Region Lwiw). Diese während des Maidans entstandene Organisation widmet sich neben der Organisation von Ausrüstungsgegenständen auch der Lieferung von Nahrungsmitteln an die ukrainische Armee, wie auch an die Zivilbevölkerung im Kriegsgebiet.

Einen oft nicht unkritischen Ruf dagegen haben Volontärsorganisationen, die durch reiche Unternehmer ins Leben gerufen worden sind. Bekannt ist das Projekt »Kryla Feniksa« (Flügel des Phoenix). Gegründet wurde es im März 2014, durch den Unternehmer Jurij Birjukow. Dieser ist mittlerweile Berater des Präsidenten und des Verteidigungsministers. Birjukow wurde bekannt, als er der ukrainischen Luftwaffe ganze Transportflugzeuge stiftete. Wenn auch Birjukows Volontärstätigkeit Popularität genießt, misstrauen viele Ukrainer den Initiativen einiger Unternehmer, wie auch den ukrainischen Oligarchen (s. Ukraine-Analysen 154). Oft wird der Vorwurf laut, korrupte Unternehmer und Oligarchen würden durch Volontärstätigkeit für die ukrainische Armee und die ostukrainische Zivilbevölkerung eine Art Abbitte leisten. In der Ostukraine aktiv ist der »Fond Rinata Achmetowa«, die Stiftung des Donezker Oligarchen Rinat Achmetow. Diese Stiftung hat zum Ziel, der ostukrainischen Zivilbevölkerung zu helfen. Dem reichsten Mann der Ukraine wird vorgeworfen, die separatistische prorussische Bewegung in der Ostukraine nicht entschieden genug bekämpft zu haben, noch bevor aus den Unruhen ein Krieg entflammte. Dabei soll Achmetow vor allem eigene wirtschaftliche Ziele verfolgt haben. Regelrecht skandalös ist die Tätigkeit des Oligarchen Ihor Kolomoyskij, der 2014 in Dnipropetrowsk (heute Dnipro) ein eigenes bewaffnetes

Freiwilligenbataillon »Dnipro« aufstellte und für dessen Versorgung auch ein eigenes Netz von Volontären schuf. Auch die unter Kolomoyskij's Einfluss entstandene Partei »UKROP« verfolgt eine intensive Volontärsarbeit. Ihor Kolomoyskij brüstet sich damit, die Region Dnipropetrowsk vor dem Chaos gerettet zu haben, indem er separatistische Tendenzen im Keim ersticken ließ. Volontäre der Region Dnipropetrowsk, die außerhalb des Kolomoyskij-Netzwerkes agieren, werfen dem Oligarchen vor, sie massiv unter Druck zu setzen.

Die Volontäre der Freiwilligenbataillone

Unter den explizit die Streitkräfte unterstützenden Volontärsorganisationen nehmen die Gruppen eine Sonderstellung ein, die die ukrainischen Freiwilligenbataillone unterstützen. Oft besitzen die Freiwilligenbataillone auch eigene Volontärsorganisationen. Am besten organisiert war bis zu seiner Spaltung im Dezember 2015 der »Rechte Sektor«. Zu Beginn des Krieges in der Ostukraine bildete die politische Bewegung »Rechter Sektor« ihre eigene militärische Einheit, den »Dobrowoltschyi Ukrainiskyi Korpus« (Ukrainisches Freiwilligenkorps). Zur Versorgung dieser Einheiten schuf der »Rechte Sektor« auch eigene Volontärsgruppen, bestehend aus Mitgliedern der eigenen politischen Partei oder Personen die dieser nahestehen. Medizinisch ausgebildete Mitglieder des »Rechten Sektors« bildeten sogar ein eigenes Bataillon, die »Hospytaljery«, das sich um die verwundeten Kämpfer des »Rechten Sektors« kümmern sollte. Ab Dezember 2015 spaltete sich der »Rechte Sektor« nach dem Austritt seiner Führungspersönlichkeit Dmytro Jarosch. Mit dem Bröckeln der Partei löste sich auch die hauseigene Volontärsbasis auf, deren Aktivisten derzeit versuchen, sich in anderen Verbänden der ukrainischen Freiwilligenbataillone neu zu organisieren.

Auch das Freiwilligenbataillon »Asow« besitzt mit dem »Blagodijnyj Fond Oswitnyh Inowatzii« (Karitativer Fonds für Bildungsinnovationen) eine eigene ihm nahe stehende Volontärsorganisation. Diese, wenn auch einen unscheinbaren Namen tragend, unterstützt die Kämpfer von »Asow« mit Hilfsgütern, repariert die Technik und organisiert durch Kooperation mit Spezialisten Lehrgänge in Technik und Strategie. In der Nähe von Kiew hat die Volontärsorganisation ein Trainingszentrum für »Asow«-Kämpfer eingerichtet, mit einem sich im Ausbau befindlichen Übungsplatz. Trotz ihres in der internationalen Presse problematischen Rufs als betont nationalistische Organisation, hat das »Asow«-Bataillon durch die erfolgreiche Verteidigung der Hafenstadt Mariupol und ihre Resistenz gegen Korruption in der Ukraine einen guten Ruf. Nicht wenige Ukrainer sind bereit, dem Bataillon, und dadurch seiner Volontärsorganisation, Geld zu spenden. Am 20. Mai 2016

machte das »Asow«-Zivilkorps durch eine Demonstration in der Hauptstadt Kiew auf sich aufmerksam, bei der bis zu 2.000 Aktive und Sympathisanten des Bataillons zum Gebäude der Werchowna Rada marschierten (s. Dokumentation auf S. 8). Ihre Forderung, in den de facto von Russland kontrollierten Gebieten der Ostukraine erst dann Wahlen abzuhalten, wenn die russisch-ukrainische Grenze wieder gänzlich unter ukrainischer Kontrolle steht, trifft bei vielen Ukrainern auf Zustimmung.

Auch für die Freiwilligenbataillone mit lokaler Bindung bestehen eigene Volontärsorganisationen, wobei auch die genannten großen Volontärsorganisationen den »Bataillonen der territorialen Selbstverteidigung« Unterstützung leisten. So unterstützt die gesamtukrainische Volontärsorganisation »Myrotworzi Ukraini« das Freiwilligenbataillon von Tschernihiw, obwohl dieses ebenfalls eine eigene Volontärsbasis besitzt.

Die Volontärsbewegung außerhalb des Militärischen

Wie bereits erwähnt ist die ukrainische Volontärsbewegung vielseitig. Dieser Beitrag behandelte nur die Volontäre, die die ukrainischen Streitkräfte unterstützen. Dabei darf auch die Arbeit der Volontärsorganisationen nicht vergessen werden, die den ukrainischen Binnenflüchtlingen helfen, die die kriegsversehrten Veteranen in die Gesellschaft reintegrieren und deren Aufmerksamkeit vor allem der Zivilbevölkerung in den umkämpften Gebieten der Ostukraine gilt. Bei der humanitären Hilfe für die Zivilbevölkerung arbeitet auch eine Vielzahl internationaler Hilfsorganisationen mit. Einige ukrainische Volontärsorganisationen widmen sich auch politisch-gesellschaftlichen Themen.

Einen sehr interessanten Fall stellt dabei das Projekt »Mirotworez« dar. Dieses Projekt wurde von der bereits genannten Volontärsorganisation »Narodnyj Tyl« ins Leben gerufen. Sein Ziel ist die Unterstützung der Lustration (s. Ukraine-Analysen 139 und 160) in der Ukraine: der Säuberung des ukrainischen Staats- und Justizwesens von Personen, die sich aufgrund korrupter Machenschaften oder separatistischer Parteinahme im Frühling 2014 diskreditierten. Deshalb hatten mehrere Volontäre der Organisation »Narodnyj Tyl« die Idee, eine Internetseite zu schaffen, auf welcher Personen aufgelistet werden, die zu den alten Seilschaften der »Partei der Regionen« gehören oder im Frühling 2014 pro-russische Positionen einnahmen.

Die Seite von »Mirotworez« wird seitdem stark kritisiert, denn die juristische Begründung der auf der Seite erhobenen Anschuldigungen ist in vielen Fällen zweifelhaft. Viele Kritiker der Seite sind selbst Volontäre und der Meinung, dass »Mirotworez« seine Kompe-

tenzen als Volontärsorganisation überschreitet und oft unbegründet die berufliche Karriere von womöglich unschuldigen Personen ruiniert. Andere Stimmen der ukrainischen Zivilgesellschaft halten dagegen, denn »Mirotworez« schafft aus ihrer Perspektive etwas, zu dem der ukrainische Staat aus ihrer Sicht nicht fähig ist: eine effektive Lustration diskreditierter Personen. Im Mai 2016 kam es zum Eklat, als die Seite persönliche Daten mehrerer im Donbass tätiger Journalisten veröffentlichte, die sich durch die »Pressestelle« der in der Ukraine als terroristische Organisation geltenden »Donezker Volksrepublik« akkreditieren ließen. Kritik an »Mirotworez« kam selbst von europäischen Organisationen, ukrainischen Journalisten und Menschenrechtsbeauftragten der ukrainischen Regierung: Die Aktivisten hätten Persönlichkeitsrechte verletzt und Menschen in Gefahr gebracht (s. Dokumentation auf S. 10). Unterstützung fand Myrotvorets überraschend beim ukrainischen Innenminister Arsen Awakow, der »Mirotworez« für seine Kooperation mit dem ukrainischen Geheimdienst lobte und betonte, dass durch die Recherchearbeit dieser Volontäre nicht wenige Staatsverräter und Spione ausfindig gemacht werden konnten. Zudem ist es laut Awakow für Journalisten inakzeptabel sich bei der sogenannten »Donezker Volksrepublik« akkreditieren zu lassen.

Fazit

Präsident Petro Poroschenko war letzten Winter so unvorsichtig, öffentlich zu behaupten, dass die ukrainische Armee den Krieg in der Ostukraine auch ohne Unterstützung der Volontäre gewinnen würde. Loben wollte das Staatsoberhaupt der Ukraine mit dieser Aussage wohl seine eigene Reform des ukrainischen Verteidigungsapparates. Der öffentliche Widerspruch erfolgte prompt und zwang Poroschenko dazu, seine Aussage zu revidieren. Ohne die Volontärsbewegung wäre es im Frühling 2014 nicht möglich gewesen, die Front zu halten und die Kontrolle über einen Großteil der Regionen Donezk und Luhansk nicht zu verlieren. Zu miserabel war der Zustand der ukrainischen Armee nach 23 Jahren Misswirtschaft und Korruption.

Die ukrainische Volontärsbewegung – »Wolonterskij Ruh« – ist eines der bemerkenswertesten Projekte der starken ukrainischen Zivilgesellschaft und steht für bürgerliches Engagement und zivile Selbstorganisation. Doch ist auch sie nicht frei von den Problemen, die die ukrainische Gesellschaft lähmen: Unterschlagung von Geldern und Einflussnahme dubioser wirtschaftlicher Interessengruppen. Es macht Hoffnung, dass es sich bei den zuletzt genannten Phänomenen um Einzelercheinungen handelt. Aufgrund der enormen Verdienste der Volontärsorganisationen während des noch immer

nicht beendeten Krieges wird der Begriff »Volontär« nun zunehmend mit der Volontärsbewegung in Verbindung gebracht. Dadurch gewinnt er eine positive Bedeutung

und wird von den Ukrainern zunehmend unterstützt (s. Umfrage auf S. 6–7).

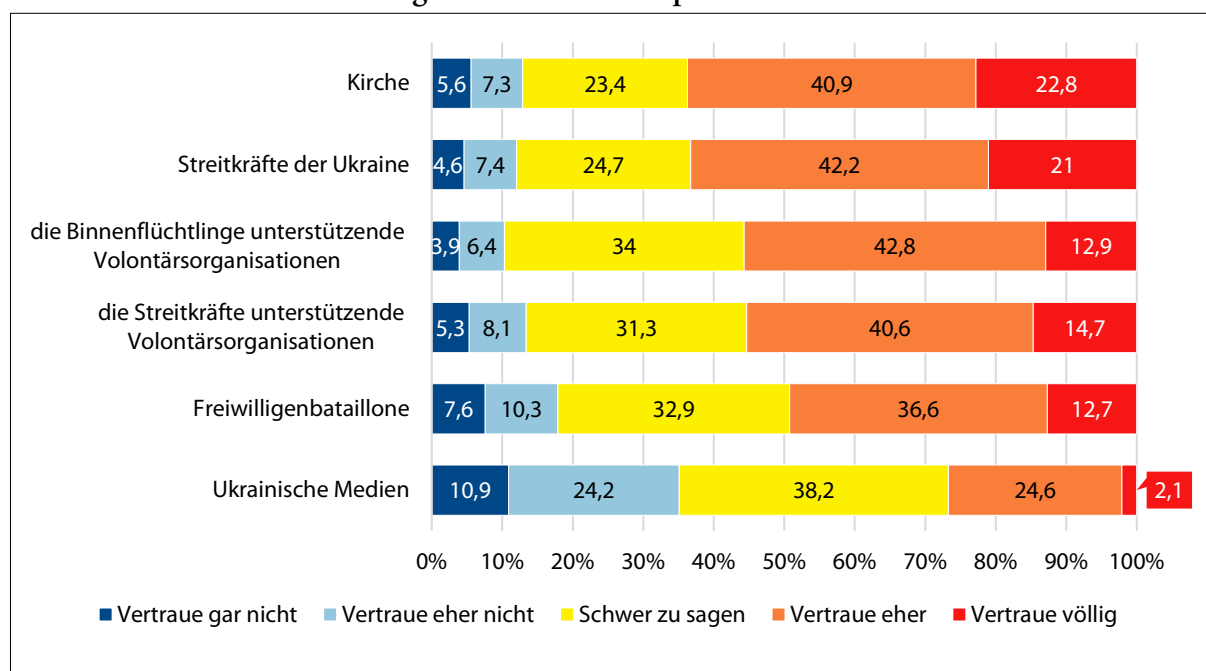
Über den Autor:

Oleg Friesen ist Masterstudent der Osteuropawissenschaften an der LMU München und war Praktikant im Auslandsbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kiew (2014–2015) und in Tbilissi (2016).

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

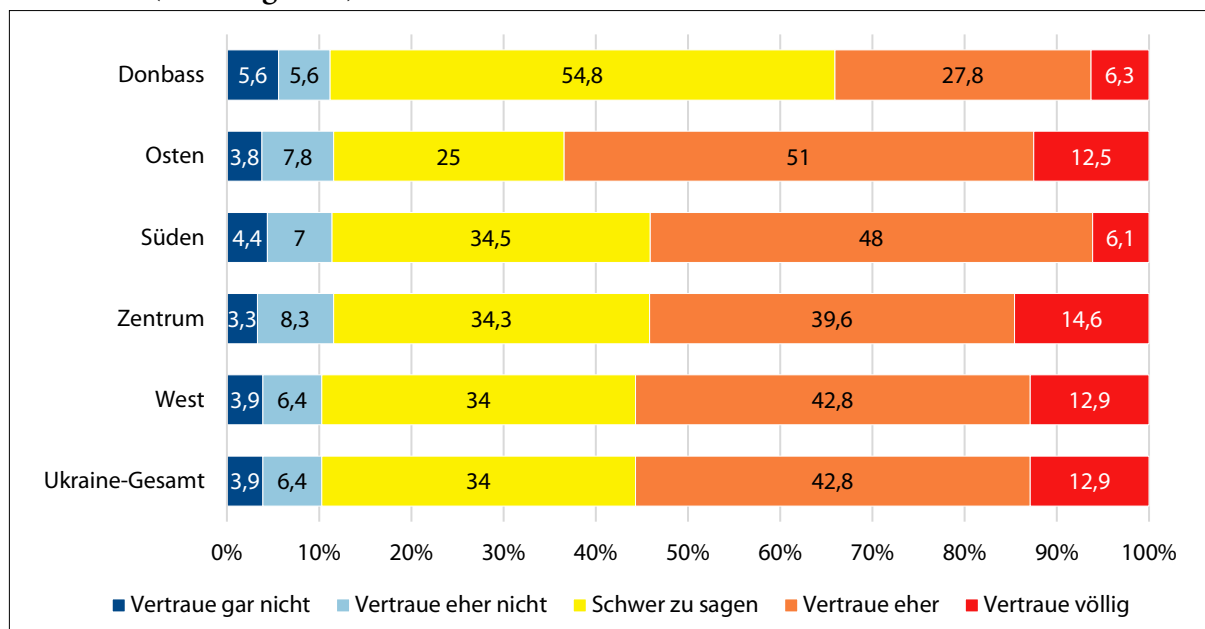
Vertrauen in die Volontärsorganisationen Anfang Juni 2016

Grafik 1: Vertrauen Sie den folgenden sozialen und politischen Institutionen?



Quelle: repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2043) vom 20. Mai bis 2. Juni 2016, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=628>>.

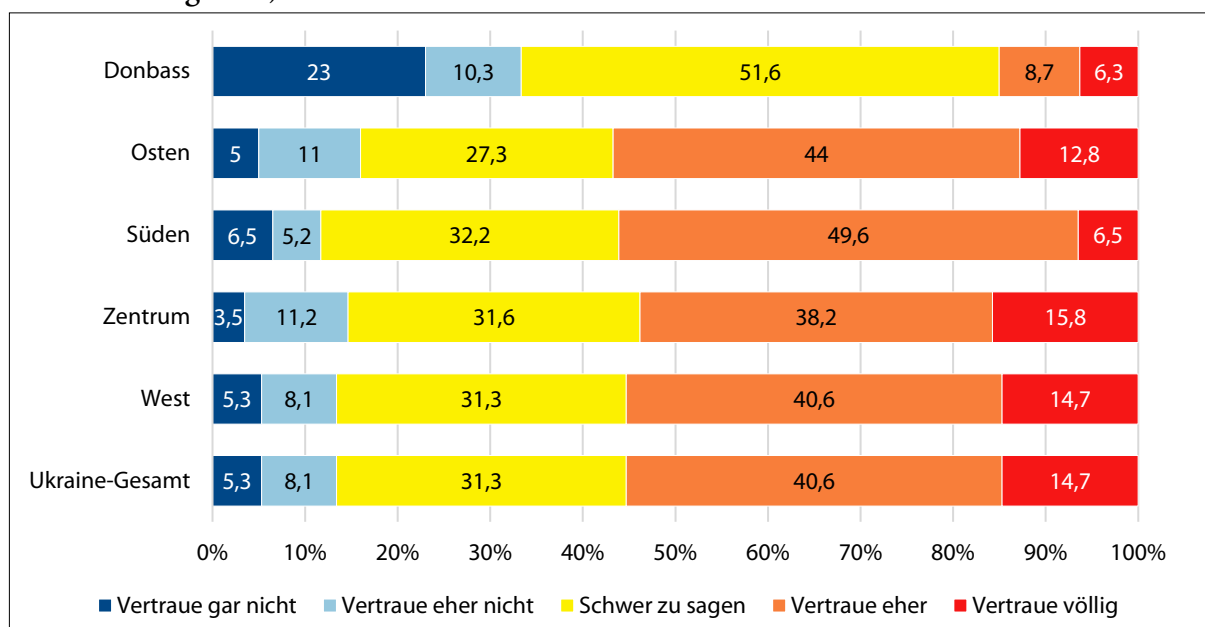
Grafik 2: Vertrauen Sie den die Binnenflüchtlinge unterstützenden Volontärsorganisationen? (nach Regionen)



NB.: Die Redaktion der Ukraine-Analysen weist darauf hin, dass die Daten der Region West und die Ukraine-Gesamt identisch sind. Womöglich sind diese Daten fehlerhaft, wurden aber so von der Quelle übernommen.

Quelle: repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2043) vom 20. Mai bis 2. Juni 2016, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=628>>.

Grafik 3: Vertrauen Sie den die Streitkräfte unterstützenden Volontärsorganisationen? (nach Regionen)



NB.: Die Redaktion der Ukraine-Analysen weist darauf hin, dass die Daten der Region West und die Ukraine-Gesamt identisch sind. Womöglich sind diese Daten fehlerhaft, wurden aber so von der Quelle übernommen.

Quelle: repräsentative Umfrage vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie, KMIS, (N=2043) vom 20. Mai bis 2. Juni 2016, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&cid=628>>.

Die Kundgebung des »Asow«-Zivilkorps gegen die Wahlen im Donbass am 20. Mai 2016

OSZE-Bericht über die Kundgebung (20.05.2016)

(...) The SMM monitored a demonstration in Kyiv organized by the Azov Civil Corps. Approximately 5,000 participants (85 per cent men, mainly 16–30 years old) gathered by the Motherland Monument in Kyiv in the morning and marched to the Parliament, igniting flares and firecrackers along the way. The march was followed by eight young men dressed in black, holding a banner with the words “Demand of the nation—No to capitulation”. The majority of the marchers were carrying Azov Civil Corps flags, as well as numerous other flags representing various groups and organizations. When the demonstrators reached the Parliament, the building was encircled by approximately 500 law enforcement officers and traffic on the street in front of the Parliament had been blocked by police.

Outside the Parliament, the main speaker was a current Member of Parliament and head (“curator”) of the Azov Civil Corps, who made statements against the holding of elections in the areas not controlled by the Government until the Ukrainian Armed Forces had taken back full control over the border. Numerous smoke flares were lit and several fire crackers went off after all speakers had finished. The protestors dispersed peacefully shortly after noon. Up to 2,000 law enforcement officers were securing the event. (...)

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/241826>

Aufruf des »Asow«-Zivilkorps zur Teilnahme an der Aktion (11.05.2016)

There has been an undeclared war for 2 years on the East. Ukraine gave away at this war a lot of forces and its children's lives. What were these sacrifices for? For saving the unity of the country or for the capitulation?

Now the Nation has a mission to survive and save the statehood. Ukrainian politicians try to silence this question and withdraw their eyes inconveniently. This is the question about elections in the Donbas. According to the plan imposed by Russia Ukraine has to hold elections in the Donbas—and do it as soon as this year!

What does it mean?—It means election under the guns of separatists. It means the prohibition on the Ukrainian parties, journalists and forced migrants. It means the permission to vote for nonresident Russians. This is total legalization of the terrorists' power and their pseudo-states. In fact, we'll recognize the separatist formations and their legitimacy in front of the entire world.

This is capitulation!

At the same time, we don't obtain any guarantees, terms and mechanisms for the terrorists' disarmament, withdrawal of the Russian troops, restoration of the Ukrainian control over the border.

In other words, it will never happen.

The Minsk agreements shouldn't be called so. “Agreement,” it's when several parts agree about mutual concessions. But when one of these parts imposes its requirements—it's a dictate!

If the Verkhovna Rada and the President decide to hold elections in the Donbas, it will mean the final loss of sovereignty over these territories. It will cause spreading the separatist gangrene all over Ukraine

Only the nation's firm “no” can stop them! Ukrainians should oppose the capitulation with their own program!

Do you want elections?

Separatists' disarmament—The withdrawal of the Russian troops—Restoration of the Ukrainian control over the border—Elections!

What can you do?

Join the march on May 20 in Kyiv

Don't let the authorities capitulate quietly!

Support the Nation's Requirements!

Say “yes” to our Victory, not our defeat!

Quelle: <<http://azov.press/en/vimogi-nacii>>

Reaktionen auf die Kundgebung

Präsident Poroschenko

President: Attempts to disrupt peace process is irresponsible with regard to state and will lead only to continuation of occupation of part of Donetsk and Luhansk regions (20.05.2016)

President Petro Poroshenko emphasized that political and diplomatic settlement was the only opportunity to restore Ukrainian sovereignty over the occupied areas of Donbas.

“I cannot but say a few words about today’s march in Kyiv. Russian TV channels were the first to broadcast those images—tires, firecrackers, reports about wounded policemen and civilians. These staged pictures are spread in order to demonstrate that someone is allegedly trying to destabilize the country. I emphasize once again—there is no military way to return Donbas,” Petro Poroshenko noted at the NSDC meeting.

The President emphasized that the key position for Ukraine was to ensure global solidarity and support, which, in its turn, ensures proper security level, liberation of hostages, withdrawal of occupation troops, political principles of settlement, restoration of Ukrainian control over the state border etc. In addition, it provides an opportunity to ensure the efficient use of the special monitoring mission and the deployment of the OSCE special armed police mission that will help ensure the transition period peacefully.

Petro Poroshenko that those were the main details of the Minsk agreements based on his peace plan. “Disruption of peace process is absolutely irresponsible with regard to the state and will lead only to the continuation of occupation of certain parts of Donetsk and Luhansk regions,” the President stressed.

“As President and Supreme Commander-in-Chief, I cannot allow that. It is not my scenario,” the Head of State emphasized and added that the majority of Ukrainians stood for peace and peaceful return of Ukrainian sovereignty to the occupied territories. “We will not leave this road,” the President said.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/prezident-namagannya-zirvati-mirni-procesi-bezvidpovidalno-p-37139>>

Oppositionsblock

The real power in the country belongs to the radical militant groups (20.05.2016)

Today’s militaristic action has shown that the real power in the country belongs to the radical militant groups. Armed men demonstrated “power, beauty and prowess” not the enemy in the conflict zone, and the politicians and the civilians of the capital, freely threatening to undermine the democratically elected government.

Radical militaristic formations, existing with the support of deputies from the People’s Front, make everything possible to disrupt the implementation of the Minsk agreements and restore peace in our land.

In the actual support of the interior Ministry, they staged outside Parliament a demonstration of weapons, frightened the power, the Parliament with actual purpose to continue the war. Their ultimatums are a direct threat of a coup. It is a continuation of the shooting and pressure on opposition politicians, the destruction and rejection of dissent.

Chaos and armed men on the streets mean a further continuation of the war and the impoverishment of the citizens. Destroying the economy, depriving it of investment, and people—jobs and decent wages, the radicals turn Ukraine into a backward unsafe for living and business the country.

The Opposition bloc states—no radical formation can not determine the vector of development of the state, they have no right to dictate to the authorities, the Parliament and the people how they should live in their country.

We demand peace from the authorities in Ukraine, economic recovery, reintegration of Donbass, the Minsk implementation of international agreements, investigation of today’s military action.

We demand to give a legal assessment of all the sounded threats and incitement to violence.

We urge citizens, all political forces of Ukraine to the world, civilized dialogue and compromise, tolerance and democracy. The Opposition bloc offers an alternative to war.

Quelle: <<http://opposition.org.ua/en/news/realna-vlada-v-krani-nalezhit-radikalnim-voenizovanim-ugrupovannyam.html/>>

Vaterland

Elections in Donbas without demilitarization will destroy Ukraine (20.05.2016)

Batkivshchyna faction leader Yulia Tymoshenko supports the position of volunteer battalions that local elections cannot be held in Donbas while the territory is occupied.

“We believe the people have the right to make adequate and absolutely correct demands—there can be no elections in Donbas during the occupation,” Yulia Tymoshenko said today in an exclusive interview with the Inter channel, reports the Batkivshchyna party press service.

The Batkivshchyna faction leader says that elections will be possible in Donbas only after the peaceful end to the military conflict in the east. "Liberation, demilitarization, return of refugees to their homes, restoration of Ukrainian laws and Ukrainian government control over these territories—only then can you start a public discussion on elections. Before then, any kind of elections in Donbas will mean the destruction of Ukraine," she said.

"I understand the outrage of the volunteer battalions because a strategy of betrayal is being prepared for the country regarding holding elections during the occupation and war in Donbas. Volunteer battalions oppose such a surrender of the country," Yulia Tymoshenko added.

Quelle: <<https://www.tymoshenko.ua/en/news-en/elections-in-donbas-without-demilitarization-will-destroy-ukraine/>>

Selbsthilfe

Samopomich supports all peaceful forms of civil protest against elections in Donbas (20.05.2016)

We are keeping a watchful eye on those who are going to introduce the law on "elections in the temporarily occupied territories" to the Parliament. When this happens, we will turn to the people for help.

We have an alternative to the Minsk agreements: recognition of the territories occupied, ban on holding the elections. We have developed a strategy of de-occupation in the interests of Ukraine. We have informed Ukraine's partners in Europe and the United States about the alternative.

Ukrainian interests is what Samopomich will defend in any situation by any means.

Glory to Ukraine!

Quelle: <<http://samopomich.ua/en/uk-samopomich-pidtrymuje-bud-yaki-myrni-formy-hromadyanskoho-protestu-proty-provedennya-vyboriv-na-donbasi/>>

Stellungnahmen zum Skandal um die Webseite Mirotvorez (Friedensstifter)

OSCE Representative expresses concern about journalists' safety in Ukraine

VIENNA, 11 May 2016—OSCE Representative on Freedom of the Media Dunja Mijatović today expressed concern about the safety of journalists and media workers following an incident where personal information of journalists was leaked.

This week a Kyiv-based website "Mirotvorets" revealed personal information of more than 4,000 representatives of various Ukrainian and international media outlets, including CNN, Agence France-Presse, Reuters, BBC, New York Times, Vice News and Al Jazeera, who were accredited by the so-called "Donetsk People's Republic". The website alleged that these journalists "co-operated with terrorist organization" and violated Ukrainian legislation.

"This is a very alarming development which could further endanger the safety situation for journalists," Mijatović said. "Journalists report on issues of public interest and they should not be harassed for doing their job."

Mijatović noted concern expressed by media community in and around Ukraine about the leaked list, and said it was worrying that some journalists on the list already received threats.

Quelle: <<http://www.osce.org/fom/239646>>

CPJ urges Ukrainian President Petro Poroshenko to condemn threats to journalists

May 24, 2016

His Excellency Petro Poroshenko,

President of Ukraine

Bankova st, 11

Kiev, Ukraine

Sent via e-mail and facsimile: presidentpressoffice@pu.gov.ua; pressoffice@pu.gov.ua; +380 44 255 6161

Dear President Poroshenko:

We at the Committee to Protect Journalists, an independent, press freedom advocacy group, write to express our support for Ukrainian prosecutors' investigation into a Ukrainian website's defamation of thousands of local and international journalists and human rights activists as "terrorist accomplices," and to express our shock that instead of condemning the act that puts our colleagues' lives at risk, senior Ukrainian government officials have praised this deliberate attempt to intimidate journalists and potentially to put them at risk.

A group of hackers on May 7 announced on a website called *Myrotvorets* (Peacemaker) that they had breached computers pro-Russian separatists in eastern Ukraine used to keep track of journalists they had allowed to work in the region, and published a database containing the names, affiliations, and contact information of more than 7,000 individuals. The database included 4,508 local and international journalists and media workers who have reported from the conflict zone. According to CPJ research, the separatists have been collecting journalists' contact information as part of an accreditation process even though their authority over eastern Ukraine is not internationally recognized.

Human rights groups report that journalists have been threatened following the publication of their contact details. Ukrainian journalist Roman Stepanovych, for example, told the group Mapping Media Freedom that he had received threatening emails since the list's publication.

We are troubled that Ukrainian officials, including Anton Geraschenko, a member of Ukraine's parliament, and Arsen Avakov, Ukraine's interior minister, praised the publication of the list in statements published on their social media accounts. In a post to Facebook, Geraschenko praised *Myrotvorets* for publishing the data, accused the journalists on the list of aiding terrorists and of spreading Russian propaganda, and suggested that Ukraine should take tough measures, including censorship, in response.

We are shocked that Avakov, who, as interior minister is ultimately responsible for investigating the incident and protecting journalists, praised the website and blamed the journalists for registering with separatists.

"Do not blame *Myrotvorets* in this case," Avakov wrote on Facebook. "The journalists made their choice when they handed their own personal data to the bandits from the occupying regime."

The publication of the journalists' contact information, and the unfounded accusations that accompanied it, drew domestic and international outcry. Local and international reporters and press freedom advocates noted that reporting on a conflict is not a crime. CPJ unreservedly agrees that the journalists did nothing wrong in reporting on a conflict of international concern.

As Thorbjørn Jagland, secretary general of the Council of Europe, wrote in a May 13 open letter to you, the release of the journalists' information violated Ukraine's obligations under the European Convention on Human Rights and the data-protection standards of the Council of Europe. In a May 24 meeting with Avakov, European Union ambassadors to Ukraine Jan Tombinski and Christof Weil urged the minister to ensure the removal of journalists' data from the website, to prosecute those responsible for the leak, and to protect reporters in light of the threats they have received since the publication of their personal information.

We applaud Ukrainian prosecutors' May 11 announcement that they had opened a preliminary investigation into the website, and we call on them to complete their investigation thoroughly. We call on you to support this investigation, and to make clear your government's commitment to press freedom and the safety of journalists.

We view this is especially urgent because *Myrotvorets* continues to release journalists' personal information.

In a statement published on May 20, the creators of *Myrotvorets* wrote: "Many journalists demanded an apology from us, and now we understand the reason for this. The staff of [*Myrotvorets*] offer their sincere apologies in regards to the list's not being fresh."

The statement said that the website initially published data retrieved in December 2015, whereas the new list, which it said consists of contact details for 5,412 reporters, among them 2,082 Russian journalists, 1,816 international correspondents, and 1,514 Ukrainian journalists, was collected in February 2016.

On May 24, *Myrotvorets* released yet another list, this time also including the home addresses for 239 Ukrainian and international journalists working in Russia, news reports said.

Announcing today's release, the website said that the list includes journalists who "cooperate with the aggressor state that funds international terrorism and has occupied a part of Ukrainian territory."

We call on you to condemn the unfounded and damaging allegations published on *Myrotvorets*, and to clarify publicly that the Ukrainian Interior Ministry is dedicated to protecting journalists and apprehending the people responsible for threatening them, in contrast to Interior Minister Avakov's previous statements.

Sincerely,

Joel Simon

Executive Director

CC:

Arsen Avakov, Minister of Internal Affairs of Ukraine

Pavlo Klimkin, Minister of Foreign Affairs of Ukraine

Yuriy Lutsenko, Prosecutor General of Ukraine

Valeriya Lutkovska, Ukrainian Parliament Commissioner for Human Rights

Federica Mogherini, High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy
Thorbjørn Jagland, Secretary General of the Council of Europe
Nils Muižnieks, Council of Europe Commissioner for Human Rights
Johannes Hahn, EU Commissioner for Neighborhood Policy and Enlargement Negotiations
Valeriy Chaly, Ambassador of Ukraine to the United States
Geoffrey R. Pyatt, U.S. Ambassador to Ukraine
Stavros Lambrinidis, EU Special Representative for Human Rights
Dunja Mijatovic, OSCE Representative on Freedom of the Media

Quelle: Committee to Protect Journalists, <<https://cpj.org/x/6899>>

OSCE Representative welcomes start of investigation to identify those behind disclosing journalists' personal data in Ukraine

VIENNA, 2 June 2016—Noting the investigation launched in Kyiv today, the OSCE Representative on Freedom of the Media, Dunja Mijatović, reiterated her call for a swift and transparent judicial procedure to identify those responsible of the disclosure of personal data of journalists accredited in the east of Ukraine.

“I am hopeful that the investigation will bring those responsible for leaking and publishing personal data of the journalists on Mirotvorets website to justice,” Mijatović said, referring to an investigation just started under the recently enforced article of the Penal Code of Ukraine on obstruction of the lawful professional activity of a journalist.

Kyiv police today requested that the journalists listed on Mirotvorets would file formal complaints if they indeed have been intimidated or received threats in order to bring the investigation forward.

“Publishing this data could seriously endanger journalists' safety,” Mijatović said. “Journalists in Ukraine should be able to carry out their work in the Donbas region and elsewhere free from threats, harassment and intimidation.”

Quelle: <<http://www.osce.org/fom/244396>>

»Les Miserables«: Biographien von »Noworos«- und ukrainischen Milizkommandeuren im Vergleich

Von Andrey Shcherbak, Sankt Petersburg, Russland

Zusammenfassung

Diese Studie untersucht die sozioökonomischen Merkmale von Milizführern. Zu diesem Zweck werden über fünfzig Biographien ausgewertet: Alter, Ausbildung, Stellung im Erwerbsleben, Beruf, angenommenes Einkommen und soziale und politische Aktivitäten. Die Studie zeigt, dass Milizführer im günstigsten Fall der unteren Mittelschicht angehören. Diese Ergebnisse widersprechen bestimmten Schlüsselkonzepten von Demokratisierungs- und Modernisierungstheorien, die den Übergang zu Demokratie mit einer Expansion (oder mit dem Heranreifen) der Mittelschicht erklären.

Einleitung

Die politische Krise in der Ukraine, die im Herbst 2013 begann, entwickelte sich schnell zu einem »heißen« Konflikt: von gewalttätigen Protesten in Kiew zu einem allein militärischen Konflikt im Osten der Ukraine. Der Beginn der Kampfhandlungen warf ein Schlaglicht auf die Rolle der Kommandeure paramilitärischer Truppen – der »Noworos«-Milizen und des Ukrainischen Freiwilligen Bataillons. Es ist das erste Mal seit 1990, dass solche Akteure im postsowjetischen Raum beobachtet werden können. Erwähnenswert ist, dass diese keine »sowjetischen« Menschen mehr sind, sondern zum größten Teil das Ergebnis der post-sowjetischen Transformation. Aber *wer sind diese Milizkommandeure?*

Ich untersuche nicht die politischen Biographien, sondern die soziale Herkunft. Diese Studie rückt die Ähnlichkeit der sozialen Herkunft der Milizkommandeure beider Konfliktparteien in den Vordergrund. Ich beobachte, dass Milizführer mit ähnlichem sozioökonomischem Hintergrund eine Gegenelite sind, die die Revolution zu ihrem Vorteil genutzt und ihre Karrierechancen verbessert hat.

Ich behaupte vor allem, dass die Mittelschicht (und die Zivilgesellschaft) nicht als das einzige soziale Fundament der neuen Revolution angenommen werden kann, sondern auch die unteren Schichten berücksichtigt werden müssen. Wenn Letztere die treibende Kraft der Proteste werden, dann ist anzunehmen, dass die Forderung nach Demokratie keine Priorität hat. Die Demonstranten beschäftigen viel mehr die Themen soziale Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Korruption. Folglich öffnet der Regimewechsel wahrscheinlich ein »neues Fenster an Chancen« – nicht nur für Demokratisierung und Strukturreformen. Er kann auch zur Verbesserung der Chancen im Leben von Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten beitragen, für die unter dem alten Regime die Wahrscheinlichkeit für soziale Mobilität nahezu gleich null war.

Milizkommandeure können als perfektes Beispiel für soziale Mobilität in Hochgeschwindigkeit ange-

nommen werden. Einige von ihnen wurden im Kampf getötet; einige starben bei internen Querelen; andere mussten früher oder später nach Hause zurückkehren. Trotzdem hatten einige Kommandeure das Glück, Parlamentsmitglieder zu werden, Verteidigungsminister oder sogar das Oberhaupt einer nicht-anerkannten Republik. Ohne die Untersuchung solcher individueller Karriereverläufe, bekämen Wissenschaftler nur eine unvollständige Vorstellung von der Transformation der ukrainischen Gesellschaft, ihrer Politik und Wirtschaft (und des post-sowjetischen Raums).

Die Untersuchung der Biographien der Kommandeure

Ich wandle die biographische Methode an. Offene Web-Ressourcen nutzend, sammelte ich Daten aus etwa 60 Biographien von Milizkommandeuren beider Konfliktparteien – der Ukraine und »Noworossija«. Die gefundenen Informationen ermöglichten es mir, Daten über das Alter, die Ausbildung, das Anstellungsverhältnis, den Beruf (vor dem Euromaidan), das (angenommene) Einkommen und die Art der politischen Aktivität der Milizkommandeure zu sammeln. Was die letzte Variable betrifft, so war ich nicht an den politischen oder ideologischen Profilen der Kommandeure interessiert, sondern an ihrer Erfahrung mit politischem Aktivismus.

Diese Studie hat bestimmte Grenzen. Zunächst teilen viele Menschen aus der Stichprobe einen Wesenszug, der gewisse Zwänge auferlegt. Eine Kampfeinheit zu führen bedarf militärischer Erfahrung. Es ist nicht überraschend, dass man unter den Kommandeuren recht viele professionelle Militärs finden kann. Zweitens könnten in den neu gegründeten Einheiten beider Seiten seit ihrer Bildung bereits häufig die Kommandeure gewechselt haben – aufgrund von Tod, Abschied oder Beförderung. Aus diesem Grund untersuche ich nur die Biographien derjenigen, die Einheiten gegründet haben. Ich glaube, dass die ersten Kommandeure charismatische Anführer sind. Drittens sind der Stich-

probe einige politische Führer, meist Angehörige der »DNR«/»LNR«, hinzugefügt worden. Es sollte nicht übersehen werden, dass die Führer der »Noworos« von Anfang an nicht nur Militäreinheiten, sondern auch politische und staatliche Institutionen schaffen mussten. Während die politischen und staatlichen Strukturen der Ukraine keine dramatischen Veränderungen erlebten (nur ein politischer Führer kam hinzu – der Euro-aidan-Kommandant Andrij Parubij), existierten die politischen und staatlichen Institutionen der »Noworos« vor dem Frühjahr 2014 noch gar nicht (wie verschiedene Versionen von Regierungen und Parlamenten der »DNR«/»LNR«, unterschiedlichen Räten etc.).

Schließlich konnte ich Daten von 54 Milizkommandeuren sammeln – im etwa gleichen Verhältnis »Ukraine« zu »Noworossija«.¹ Der gesammelte Datensatz unterliegt verschiedenen Einschränkungen und Schwierigkeiten. Erstens sind die Daten nicht ausreichend. Viele Kommandeure kamen aus dem Nichts, und es gab keine Medienberichte. In der Zeit nach dem Euro-aidan zogen die Medien es vor, sich auf die aktuellen Aktivitäten der Kommandeure zu konzentrieren, anstatt über ihre Biographien aus den Jahren vor 2013 zu recherchieren. Zweitens boten die Kommandeure eine unterschiedliche Medienaktivität – einige waren immer von Journalisten umgeben, andere vermieden den Kontakt zu den Medien. Drittens kann aufgrund des sehr ausgeprägten »Informationskrieges« zwischen der Ukraine und »Noworossija«/Russland nicht ausgeschlossen werden, dass die gesammelten Daten falsche Informationen enthalten. Allerdings enthält der Datensatz zumeist politisch »neutrale« Informationen wie Alter, Ausbildung, Beruf etc. Viertens war es für viele Indikatoren nur möglich, grundsätzliche Variablen zu erstellen, die die quantitative Analyse auf beschreibende Statistiken und T-Tests eingrenzen. Um aussagekräftigere Resultate zu erlangen, teile ich meine Stichprobe nach Durchschnittsalter (jünger und älter als 40 Jahre) und politischer Zugehörigkeit/Geographie (Ukraine vs. »Noworossija«).

Empirische Analyse der Biographien von Milizkommandeuren

Alter. Das Durchschnittsalter des Kommandeurs ist 40,6 Jahre, mit einem kleinsten Wert von 23 Jahren (Alexej Miltschakow, »Serbe«, Einheit »Rusitsch«, »Noworossija«) und einem größten Wert von 58 Jahren (Nikolaj Kosizyn, Kosaken-Nationalgarde, »Noworossija«). Laut unserer Ergebnisse sind 30 Kommandeure jünger als 40 Jahre und 27 älter. Es gibt keinen signifi-

kanten Unterschied im Durchschnittsalter der ukrainischen (40,3 Jahre) und der »Noworos«-Kommandeure (41 Jahre). Im Allgemeinen sind sie Männer mittleren Alters, in der Mitte ihres Werdegangs.

Ausbildung. Das durchschnittliche Bildungsniveau eines Kommandeurs ist eher niedrig (siehe Grafik 1 auf S. 17). Der Durchschnittswert beträgt 2,41 (auf einer Skala von null bis fünf). Ich fand heraus, dass zehn Kommandeure nur Sekundarschulbildung hatten (etwa 20 Prozent), drei weitere Personen nur eine Berufsausbildung. Einerseits haben bis zu 60 Prozent (30 Personen) einen Hochschulabschluss. Andererseits erscheint der Bildungshintergrund der Kommandeure unterschiedlich, wenn man die Qualität der besuchten Universitäten überprüft. Nur sechs von dreißig Kommandeuren absolvierten erstklassige ukrainische Universitäten (definiert als die Top-25-Universitäten im nationalen ukrainischen Ranking). Schließt man Alexander Borodaj (allgemeiner Berater des Vorsitzenden des Ministerrats der »DNR«) mit seinem Abschluss in Philosophie an der Moskauer Staatlichen Universität aus, dann verbleiben nur fünf Personen mit einer »elitären« Ausbildung in der Stichprobe. Sie absolvierten die Nationale Universität Charkiw, die Nationale Universität Dnepropetrowsk, die Nationale Universität Donezk, die Nationale Universität Lwiw und die Nationale Universität für Radioelektronik in Charkiw). Von diesen fünf erlangten drei Kommandeure Abschlüsse in Geschichte und einer in »Informationskontrollsysteme und –technologien«. Ich konnte keine Informationen über den Ausbildungshintergrund des fünften Kommandeurs finden. Die Mehrheit der Kommandeure schloss rangniedrige Universitäten wie die Nationale Universität Uschhorod (41. Rang), die Staatliche Universität Cherson (86. Rang), die Nationale Universität Kriwyj Rih (121. Rang) etc. ab. Es sollte festgehalten werden, dass fast keiner von ihnen in seinem Spezialgebiet gearbeitet hat.

Der Vergleich des ukrainischen und des »Noworos«-Anteils der Stichprobe offenbart eine Abweichung von 2,76 zu 1,95. Der T-Test zeigt jedoch, dass diese Abweichung bedeutungslos ist. Während es unter den »Noworos«-Kommandeuren mehr mit nur Sekundarschulbildung (sechs Personen vs. vier), mit Berufsausbildung (zwei vs. eine), aber weniger Kommandeure mit höherer Ausbildung (acht vs. dreizehn), mit höherer und militärischer Ausbildung (einer vs. drei) und mit zwei höheren Ausbildungen (einer vs. vier) gibt, gibt es Kommandeure mit militärischer Ausbildung im gleichen Verhältnis (vier vs. vier).

Indes zeigt sich bei Aufteilung der Stichprobe nach Durchschnittsalter, dass die Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den »jungen« (1,92) und den »älteren« (2,83) Kommandeuren statistisch signifikant sind. Am

1 Die Beschreibung der Variablen und die Verschlüsselungsverfahren können beim Autor nachgefragt werden.

wichtigsten: Unter den jungen sind mehr Personen mit Sekundarschulbildung (neun vs. eine), mit Berufsausbildung (drei vs. null), mit zwei höheren Ausbildungen (drei vs. eine), aber weniger Personen mit militärischer Ausbildung (eine vs. sieben), mit militärischer und höherer Bildung (null vs. vier) und im gleichen Verhältnis Kommandeure mit höherer Bildung (zehn vs. elf). In Anbetracht dieser Zahlen wird klar, dass die jüngere Generation entweder beschränkten Zugang zu universitärer Ausbildung hatte oder ihre Karrierestrategien verändert hat. Zum Beispiel zogen junge Kommandeure selten eine militärische Ausbildung als Karrierevorteil in Betracht (einer vs. elf).

Schlussfolgernd lässt sich feststellen, dass das Bildungsniveau der Kommandeure eher niedrig ist. Obwohl die Mehrheit einen Universitätsabschluss hat, sind dies in erster Linie rangniedrige Universitäten.

Angenommenes Einkommen. Die Verteilung der Kommandeure nach ihrem angenommenen Einkommen ergibt ein einheitliches Bild (s. Grafik 2 auf S. 17). Der Durchschnittswert ist 1,79, was ein wenig unterhalb des mittleren Einkommens (2,0) ist. Die Aufteilung der Stichprobe nach Alter (»jung« – 1,68, »älter« – 1,91) und nach politischer Zugehörigkeit (Ukraine – 1,87, »Noworossija« – 1,71) ergibt keinen statistisch signifikanten Unterschied.

Beruf/beruflicher Hintergrund. Die Verteilung der Kommandeure nach Beruf und beruflichem Hintergrund ergibt uneinheitliche Ergebnisse (s. Grafik 3 auf S. 18). Es überrascht nicht, dass militärische Berufe und Berufe im Bereich Sicherheit die Stichprobe dominieren (13 Personen, 24,5 Prozent), Unternehmer sind die zweitgrößte Gruppe (12 Personen, 22,6 Prozent) und Politiker/politische Aktivisten folgen auf dem dritten Rang (acht Personen, 15,4 Prozent). Ihnen folgen Angestellte/Manager (sechs Personen, 11,3 Prozent), Beamte (fünf Personen, 9,4 Prozent) und schließlich Arbeiter und Privatschützer (je vier Personen, 7,5 Prozent). Diese Zahlen beinhalten eine breite Palette an Berufen. Unter den Militärs sind ein Ex-Kommandeur der »Alpha«-Einheit in der Region Donezk (Chodakowskij), ein Mitglied der »Berkut«-Spezialeinheit (Jagolenko), ein Angestellter des Militärkommissariats in der Stadt Swatowe – er ist außerdem Frontmann des dortigen Männerchors (Mosgowoj). Unter den Unternehmern kann man einen Eigentümer eines Produktionsbetriebs für Treibstofftanker finden (Teteruk), einen Inhaber eines kleinen Ladens (Karjakin) und einen Teilhaber an Unternehmen für die Organisation von Kindergeburtstagen und die Erstellung von Außenwerbung (Pawel Gubarew, »Noworossija«). Politiker und politische Aktivisten werden repräsentiert von einem Parlamentsmitglied (Andrij Parubij), einem Stadtratsabgeordneten (Woizechow-

skij), einem Parteiaktivisten (Mikola Kolesnik, Ukraine) und einem Kosaken-Otaman (»Leshij« Pawlow [Holzkobold], »Noworossija«). Unter den Angestellten/Managern gibt es einen stellvertretenden Direktor eines landwirtschaftlichen Betriebs (Konstantin Matejtschenko, Ukraine) und einen Angestellten einer Handelsfirma (Puschilin, »Noworossija«). Die Beamten werden von einem Zollbeamten (Fedorenko), einem Vorsitzenden der Handelsüberwachungsstelle der regionalen Aufsichtsbehörde für Verbraucherschutz (Igor Plotnizkij, »Noworossija«) und einem stellvertretenden Direktor einer Universität (Andrij Bilezkij, Ukraine) vertreten. Unter den Arbeitern kann man einen Industriekletterer finden (»Giwi« Tolstych, »Noworossija«) und einen Maurer (Pawel Dremow, »Batja« [Väterchen], »Noworossija«). Und schließlich arbeiteten die Privatschützer in einem Nachtclub (Alexander Bednow, »Batman«, »Noworossija«) und beim Sicherheitsdienst einer Fabrik (Besler »Bes« [Teufel], »Noworossija«). Wichtig ist, dass in der Stichprobe Vertreter der Oberschicht oder der oberen Mittelschicht völlig fehlen. Für das Militär/die Polizei ist Oberst der höchste Offiziersrang. Es gibt keine Top-Unternehmer. Es gibt nur einen hochrangigen Staatsbeamten – ein Parlamentsmitglied, es gibt auch keine Vizegouverneure, Abteilungsleiter oder Bürgermeister. Diese Ergebnisse legen nahe, dass es fast keine Eliten unter den Milizkommandeuren gibt.

Im Folgenden vergleiche ich den ukrainischen Anteil der Stichprobe mit dem von »Noworos«. Bei den ukrainischen Kommandeuren gibt es deutlich mehr Beamte (vier vs. einer), Militärangehörige/Polizisten (zehn vs. vier) und ein paar Politiker/politische Aktivisten mehr (fünf vs. drei). Die Kommandeure von »Noworos« sind deutlich häufiger Arbeiter (fünf vs. null) und Unternehmer (neun vs. drei). Es gibt ein paar Privatschützer mehr (zwei vs. einer) und einige Angestellte weniger (einer vs. zwei). Dies führt zu der Annahme, dass unter den ukrainischen Kommandeuren im Gegensatz zu denen von »Noworos« Vertreter des öffentlichen Sektors wie Beamte, Polizisten und Politiker die Mehrheit bilden, während die Kommandeure von »Noworos« hauptsächlich Arbeiter und Unternehmer aus dem privaten Sektor sind.

Bei der Aufteilung der Stichprobe nach Alter zeigt sich eine recht gleichmäßige Verteilung in der beruflichen Stellung. Die »jungen« Kommandeure haben häufiger Positionen im öffentlichen Sektor inne (drei vs. einer) und sind als Arbeiter tätig (fünf vs. null). Die »älteren« Kommandeure sind etwas häufiger unter den Unternehmern (sieben vs. fünf), den Polizisten und Militärangehörigen (acht vs. sechs) und den Politikern (fünf vs. drei). Es gibt genauso viele »junge« wie »ältere« Kommandeure, die Privatschützer (einer vs. zwei) und Angestellte sind (drei vs. drei).

Politische und soziale Aktivitäten. In der Stichprobe gibt es einen etwa gleich großen Anteil an Menschen mit und ohne Erfahrungen im politischen und sozialen Aktivismus vor dem Euromaidan – etwa 47,2 Prozent haben solche Erfahrungen und 52,3 Prozent haben sie nicht. Die anschaulichsten Beispiele sind der Otaman der Großen Don Armee (Nikolaj Kozitsyn, »Noworossija«), der Vorsitzende der Stadtversammlung der WDW-Veteranen [Luftlandetruppen] von Krywyj Rih (Mikola Kolesnik, Ukraine), der Vorsitzende des Verbands Ukrainischer Friedenswächter (Gumenjuk, Ukraine) oder der regionale Anführer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (Mikola Kochanivskij, Ukraine). Meiner Meinung nach ist es auffällig, dass in der Stichprobe Veteranen, Kosaken und Vertreter nationalistischer Organisationen, bei gleichzeitiger Abwesenheit von Vertretern aus pro-demokratischen, zivilen oder Menschenrechtsorganisationen, überwiegen.

Die Aufteilung der Stichprobe nach politischer Verortung offenbart einen größeren Anteil politisch aktiver (vor der Krise) Kommandeure in der Ukraine (60 Prozent) im Vergleich zu »Noworossija« (36 Prozent). Allerdings zeigt der T-Test keinen statistisch relevanten Unterschied zwischen den Proben. Es gibt außerdem keinen altersbedingten Unterschied: 46 Prozent der »jungen« Kommandeure haben frühere politische oder soziale Erfahrungen im Vergleich zu 48 Prozent der »älteren«.

Offiziere. Die Kampf- bzw. professionelle militärische Erfahrung könnte als offensichtlicher Vorteil für einen potentiellen Kommandeur gesehen werden. Deshalb wurde der professionelle militärische/polizeiliche Hintergrund (Bekleiden eines Offiziersrangs) untersucht. Die Analyse zeigte, dass 53 Prozent der Kommandeure vorher Offiziere waren (Pensionäre und Reservisten eingeschlossen). Dies ist eine beeindruckende Zahl, es bedeutet aber auch, dass am Aufbau von Militäreinheiten nicht allein professionelle Offiziere beteiligt waren.

Die Aufteilung der Stichprobe nach politischer Verortung lässt einen deutlichen Unterschied im Anteil an Offizieren erkennen (ukrainische Verbände 60 Prozent vs. »Noworos« 35 Prozent). Die Aufteilung nach Alter liefert auch augenfällige Ergebnisse: 65 Prozent Offiziere unter den »Älteren«, bei nur 37 Prozent unter den »Jungen«. Auch das Gleichgewicht zwischen Militär- und Polizeioffizieren wurde untersucht, ist aber nicht signifikant – der Anteil an Polizeioffizieren (53,6 Prozent) ist etwas höher als der Anteil an Militäroffizieren (46,4 Prozent).

Zusammenfassend lässt sich folgendes feststellen: Es ist jetzt möglich, Antworten auf die wichtigste Frage zu geben – *Wer sind diese Milizkommandeure?* Ein durch-

schnittlicher Kommandeur ist etwa 40 Jahre alt, hat ein niedriges angenommenes Einkommen, ist schlecht ausgebildet (mit Abschluss von einer rangniedrigen Universität) und hat einen geringen beruflichen Status. Ein durchschnittlicher Kommandeur hat außerdem wahrscheinlich einen wenig prestigeträchtigen Job.

Ich möchte die Bedeutung von drei ausgeprägten Merkmalen unterstreichen. Es gibt zu viele Offiziere unter den Kommandeuren, politische und soziale Aktivisten und fast keine Eliten.

Fazit

Das wichtigste Fazit dieser Studie ist, dass die Kommandeure wahrscheinlich nicht zur Unterschicht, aber sicher nicht zur Mittelschicht der ukrainischen Gesellschaft gehören. Im besten Fall gehören sie zur unteren Mittelschicht und möglicherweise sogar zu einem Verbund von unterer Mittel- und Unterschicht. Diese Annahme fußt auf ihrer niedrigen Bildung, ihrem geringen beruflichen Status, dem niedrigen angenommenen Einkommen und in einigen Fällen dem Vorhandensein von Vorstrafen. Es gibt ziemlich viele zusammengewürfelte, merkwürdige Leute unter ihnen (zum Beispiel Wachmänner, einen Landwirt, einen Maurer, arbeitslose Kosaken und politische Aktivisten), aber keine Eliten. Gleichzeitig gibt es herausragende und talentierte Personen, die unter dem vorherigen Regime keine Karriereaussichten hatten. Keiner von ihnen hatte Zugang zu einer angesehenen Ausbildung oder zu Luxuspositionen in Wirtschaft und Politik. Allerdings hatten sie ausreichend soziales und politisches Kapital, um aus dem Nichts Kampfeinheiten und politische Koalitionen zu schaffen. Möglicherweise kann dieses Paradoxon mit sozialen Beschränkungen und Ungleichheit erklärt werden, die den sozialen Aufstieg in der Ukraine behindern. Es gibt einen Unterschied im Bildungsniveau von »älteren« und »jungen« Kommandeuren. Entweder wurde den »jungen« der Zugang zu renommierter Ausbildung verwehrt oder aber die Investition in eine Ausbildung wird nicht als zuverlässige Strategie zur Förderung der Karriere wahrgenommen. Die Ukraine-Krise schaffte ein »Fenster der Möglichkeiten« für sie, und sie verpassten nicht die Gelegenheit, ihre Karrierechancen zu verbessern. Einige von ihnen wurden befördert – zum Mitglied der Werchowyna Rada, zum Verteidigungsminister oder sogar zum Oberhaupt einer nicht-anerkannten Republik. Die plötzlichen gesellschaftlichen Veränderungen verwandelten diese Milizkommandeure in die neue Gegenelite der ukrainischen Gesellschaft.

Übersetzung aus dem Englischen: Alena Göbel

Information über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

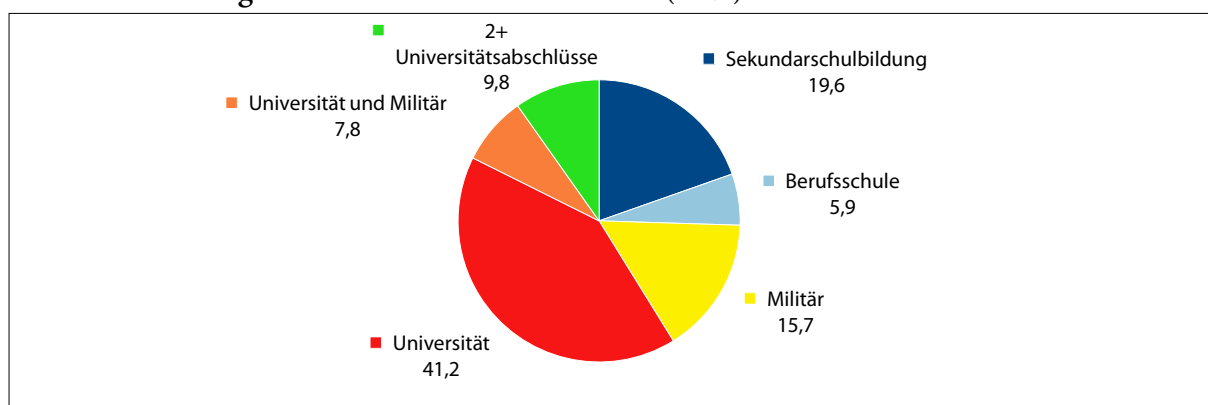
Über den Autor:

Dr. Andrey Shcherbak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Vergleichende Sozialforschung an der Higher School of Economics, Russland. Er erlangte seinen MA in Politikwissenschaften an der Europäischen Universität St. Petersburg und 2003 seinen Doktor in Politikwissenschaft am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen. Seit 2010 ist er Lehrbeauftragter im Fachbereich Politikwissenschaft an der Higher School of Economics, St. Petersburg, Russland. Er war Gastwissenschaftler an der Ohio State University und europäischer Gastwissenschaftler der Mellon-Stiftung an der Universität von Chicago. Dort lehrte er zu sowjetischem und post-sowjetischem Nationalismus.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

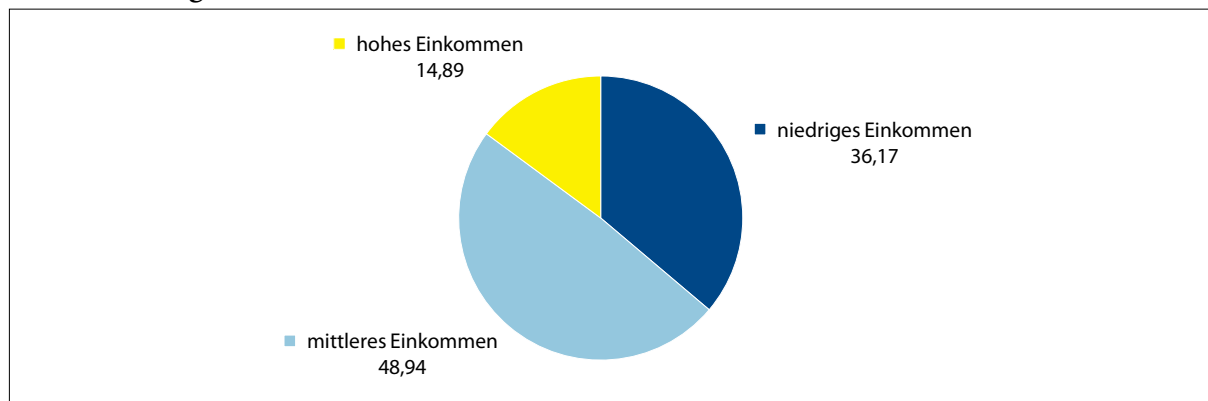
Das soziale Milieu der Milizkommandeure

Grafik 1: Bildungsniveau der Milizkommandeure (in %)

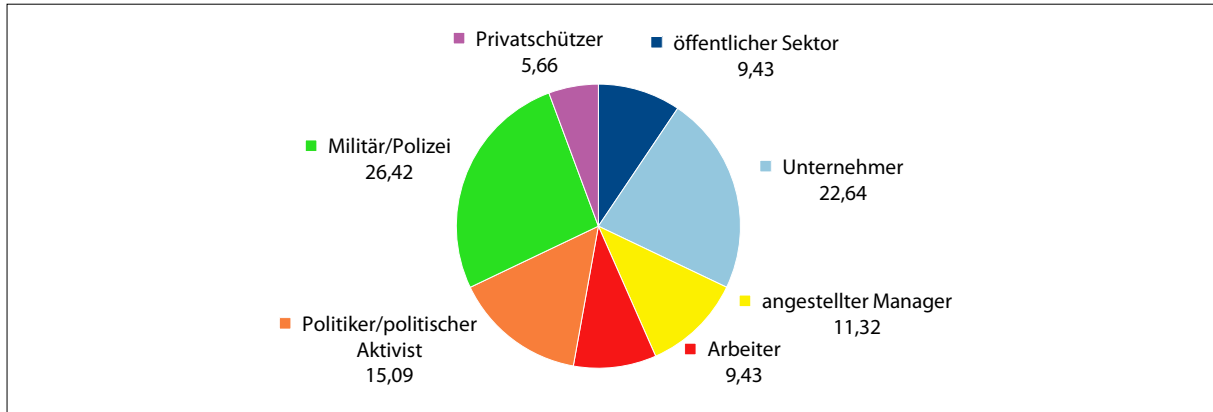


Quelle: Dr. Andrey Shcherbak.

Grafik 2: Angenommenes Einkommen der Milizkommandeure (in %)



Quelle: Dr. Andrey Shcherbak.

Grafik 3: Berufliche Stellung der Milizkommandeure (in %)

Quelle: Dr. Andrey Shcherbak.

KOMMENTAR

Die Debatte um eine bewaffnete OSZE-Mission in der Ostukraine

Von Katerina Bosko, Bremen

Seit April 2016 wird eine intensive Debatte über eine bewaffnete OSZE-Mission in der Ostukraine geführt. Initiiert hat sie der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, vermutlich um den öffentlichen Druck zu lockern, der auf ihn in der Ukraine herrscht. So drängen sowohl Russland als auch die westlichen Partner auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarung in puncto Lokalwahlen im Donbass. In der Ukraine wird diese Option aber von der Mehrheit der Bevölkerung laut Umfragen abgelehnt (s. Grafik 3 auf S. 21) und von den rechtsextremen Organisationen blockiert. So endete im letzten Jahr die Abstimmung über die Verfassungsänderung zur Dezentralisierung, die auch eine der Forderungen der Minsker Vereinbarung ist, mit massivem Protest vor dem Parlamentsgebäude und Gewaltanwendung, in deren Folge drei Menschen ums Leben gekommen sind (s. Ukraine-Analysen 155). Erst vor kurzem haben radikale Aktivisten des »Asow«-Zivilkorps erneut gegen die Lokalwahlen in der Ostukraine protestiert (s. Dokumentation auf S. 8). In der Ukraine wird die Durchführung der Wahlen im Donbass vor der Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die besetzten Territorien als Legitimierung der russischen Besatzung vergleichbar mit dem Krim-Referendum wahrgenommen. Die Rechtsradikalen befürchten, dass die Wahlergebnisse in der jetzigen Situation verzerrt und massiv manipuliert werden können. So würden die Binnenflüchtlinge aus dem Donbass mit ihrer pro-ukrainischen Position ausgegrenzt, während pro-russische »Touristen« über die von der Ukraine nicht kontrollierten Grenzen zu Russland ungehinderten Zugang zur Abstimmung hätten.

Mit der Forderung nach einem bewaffneten OSZE-Einsatz kommt Petro Poroschenko dem Verlangen der nationalistischen Parteien nach. Weil die Forderung kaum durchsetzbar ist, hofft Poroschenko, dadurch die unpopuläre Entscheidung über die Wahlen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Im Einzelnen besteht die ukrainische Position darin, dass die Sicherheitskomponente vor der politischen Komponente der Minsker Vereinbarung stehen müsse. Das bedeutet, es einen konstanten Waffenstillstand geben sollte, bevor die Wahlen überhaupt stattfinden könnten. Die Sicherheitskriterien müssten nicht nur entlang der Kontaktlinie, sondern auf dem gesamten Konfliktgebiet eingehalten werden, so Poroschenko. Seiner Meinung nach kann die aktuelle OSZE-Mission die Erfüllung der oben genannten Bedingungen nicht gewährleisten. Aus diesem Grund bedarf es einer neuen Polizei-Mission, die

permanent bewaffnete Checkpoints aufbaut, und zwar entlang der Kontaktlinie, an den Orten, an denen die abgezogenen schweren Waffen gelagert werden, und in dem von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Teil der ukrainisch-russischen Grenze. Im Ergebnis soll eine bewaffnete OSZE-Polizeimission eine gewaltfreie Abhaltung von Wahlen in Donbass gewährleisten.

Der ukrainische Präsident vermittelt seine Position über verschiedene Kanäle nicht nur international, sondern auch national (wie etwa beim TV-Interview vom 24. April, bei den Veranstaltungen zum Tag der Grenz-wache vom 28. Mai oder auf einer Presse-Konferenz vom 3. Juni). Das bedeutet, dass seine Adressaten neben Russland, Deutschland oder der OSZE auch die nationalistischen Kräfte in der Ukraine sind. Die Versicherheitlichung (»securitization«) der OSZE-Mission hat auch eine andere Funktion: die Verantwortung für die Sicherheitslage in der Ostukraine von der ukrainischen Seite auf andere abzuwälzen. Falls eine solche Mission zu Stande kommen sollte, würde sie auch der Legitimierung der Donbass-Wahlen dienen, die die ukrainische Regierung im gegenteiligen Fall nicht anerkennen würde.

Trotz seiner Bemühungen hat Poroschenkos Vorschlag international bisher wenig Unterstützung bekommen. In seiner Stellungnahme dazu hat Deutschland den zivilen Charakter der Mission betont (s. Dokumentation auf S. 24). Eine Änderung des gewährten Mandats solle es nicht geben. Stattdessen werden Gespräche über die Verbesserung der Sicherheit bei den geplanten Lokalwahlen geführt. Die russische Reaktion war genauso gelassen. In einem Interview am 4. Juni sprach der russische Außenminister Sergej Lawrow über die Stärkung der OSZE-Mission durch eine zusätzliche Gruppe von Beobachtern mit persönlichen Waffen zur Selbstverteidigung. Diese Gruppe würde im Rahmen der OSZE-Entscheidung in den problematischsten Zonen an der Kontaktlinie und in den Lagern für schwere militärische Ausrüstung stationiert. Lawrows Aussagen zufolge könnte Russland eine verwässerte Version von Poroschenkos Vorschlag billigen. Eine bewaffnete Gruppe sollte jedoch nur in einzelnen, vorab festgelegten Gebieten, nicht aber an der russisch-ukrainischen Grenze aufgestellt werden, was jedoch eine der Hauptforderungen der Ukraine ist.

Am aktivsten haben jedoch die Anführer der »Volksrepubliken« auf Poroschenkos Vorschlag reagiert. Sie behaupten, dass eine bewaffnete OSZE-Mission das Scheitern der Minsker Vereinbarungen bedeuten und nur zur Eskalation führen würde. Inzwischen

gab es bereits zwei Kundgebungen gegen eine bewaffnete OSZE-Mission in der »DNR«. Am 10. Juni nahmen daran nach Angaben der OSZE-Beobachtermission sogar bis zu 20.000 Menschen teil. Während eine bewaffnete OSZE-Mission in den »Volksrepubliken« vorbehaltlos abgelehnt wird, wird gleichzeitig aber der Einsatz von Friedenstruppen aus Russland unterstützt. Dies wird jedoch die Ukraine niemals zulassen.

In Anbetracht aller oben skizzierten Positionen scheint die Debatte um eine bewaffnete OSZE-Mis-

sion in der Ostukraine in eine neue Sackgasse zu führen. Mit seinem Vorschlag versucht Petro Poroschenko zwischen unterschiedlichen Positionen zu lavieren und sowohl den innenpolitischen, als auch den außenpolitischen Druck auf ihn zu abschwächen. Seit Beginn dieser Debatte hat sich die Sicherheit der OSZE-Beobachter aber enorm verschlechtert. Die Mission kommt immer öfter unter Beschuss, vor allem auf den von der »DNR« kontrollierten Gebieten (s. Dokumentation auf S. 25). Glücklicherweise wurde bisher jedoch niemand verletzt.

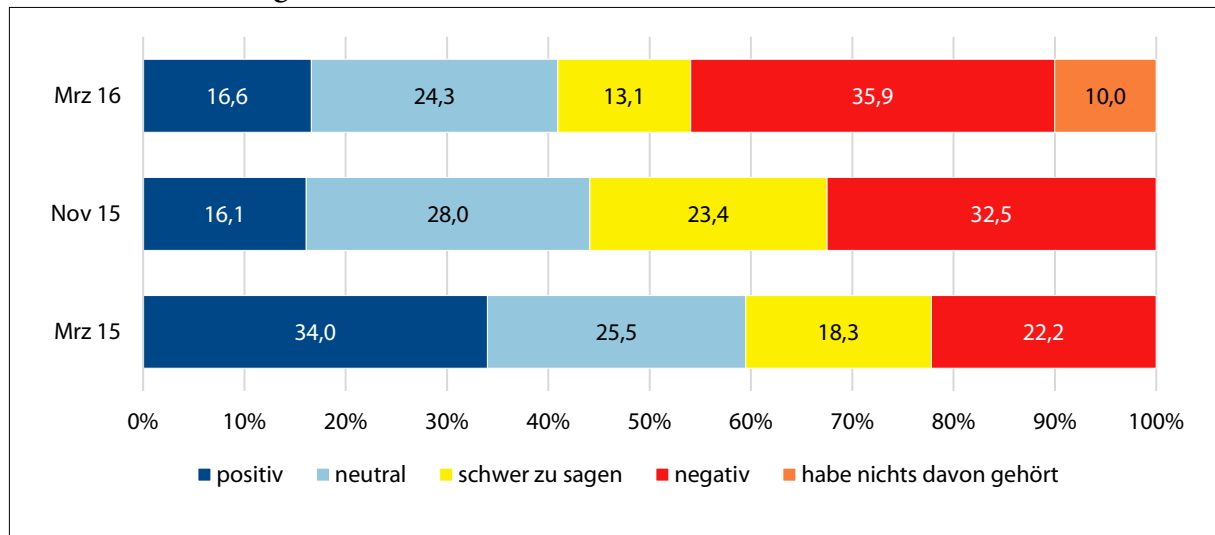
Über die Autorin:

Katerina Bosko ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteurin der Online-Zeitschrift »Ukraine-Analysen«.

UMFRAGE

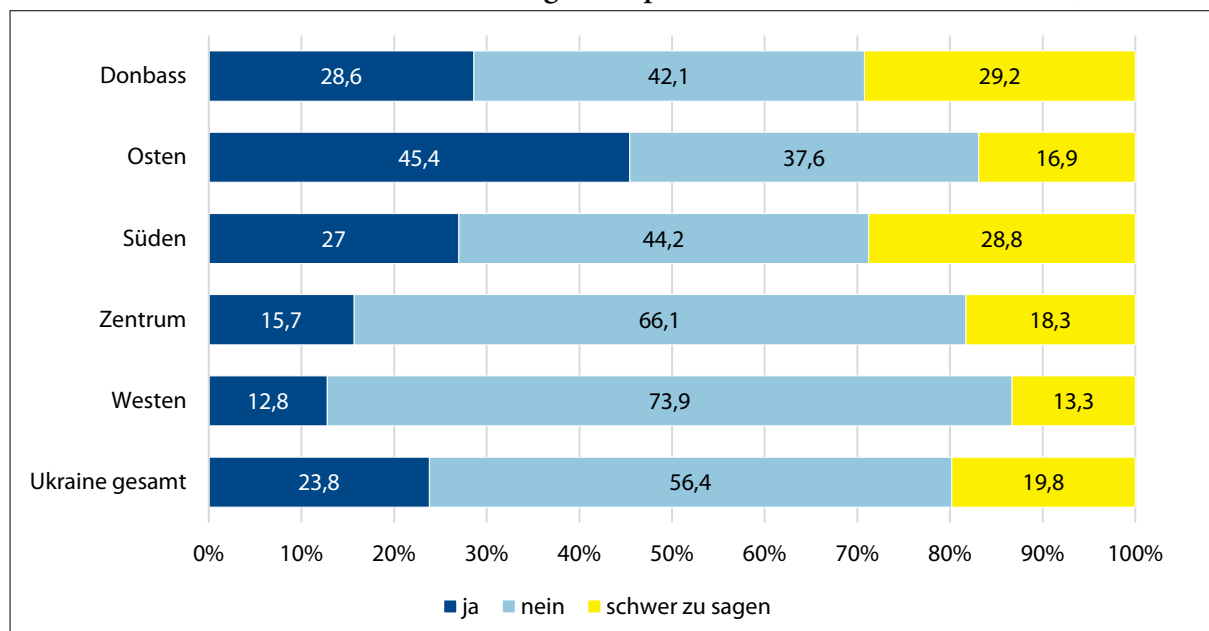
Aktuelle Umfrage zum Donbass-Konflikt

Grafik 1: Wie bewerten Sie die Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt? (Ukraine gesamt)



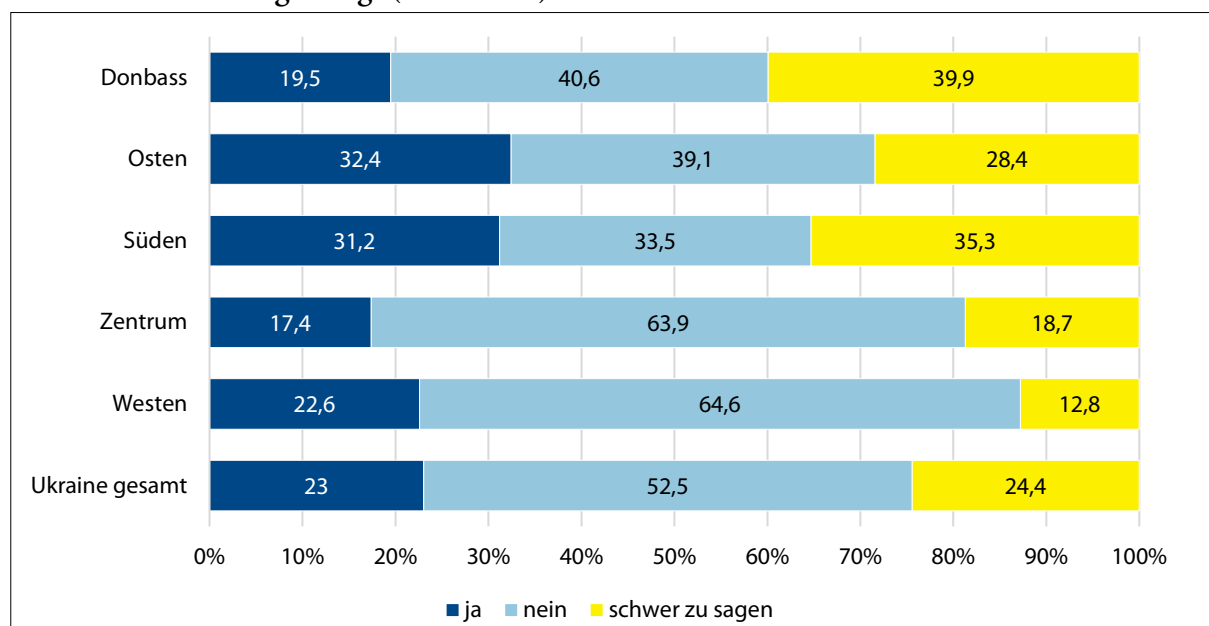
Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer auf der Krim und in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums vom 25. bis zum 30. März 2016 <http://www.razumkov.org.ua/upload/1461830509_file.pdf> und Ukraine-Analysen Nr. 161, S. 19.

Grafik 2: Unterstützen Sie die Gewährung eines speziellen Status für den Donbass? (März 2016)

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer auf der Krim und in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

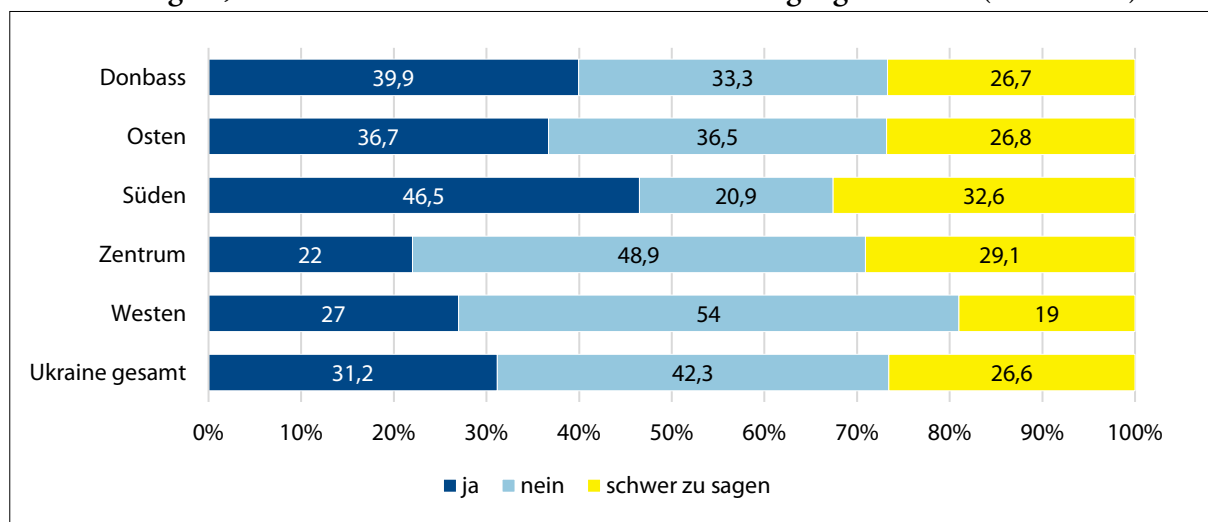
Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums vom 25. bis zum 30. März 2016 <http://www.razumkov.org.ua/upload/1461830509_file.pdf>

Grafik 3: Unterstützen Sie die Durchführung von Wahlen in den besetzten Gebieten von Donbass vor der Wiederherstellung der Kontrolle über diese Gebiete durch die ukrainische Regierung? (März 2016)

Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer auf der Krim und in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums vom 25. bis zum 30. März 2016 <http://www.razumkov.org.ua/upload/1461830509_file.pdf>

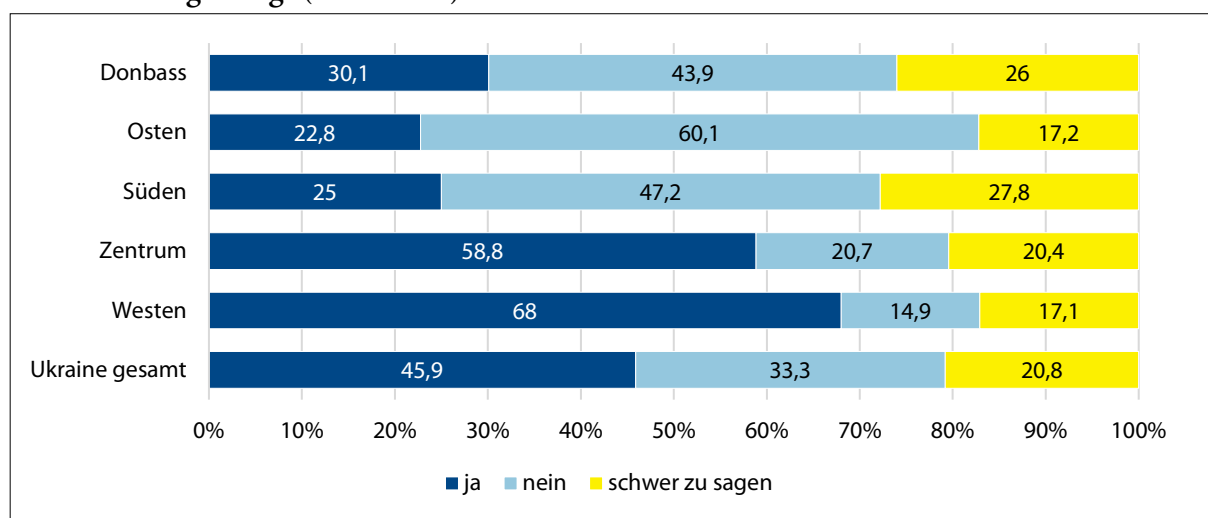
Grafik 4: Unterstützen Sie die Amnestie für alle an den separatistischen Bewegungen Beteiligten, die keine strafrechtlich relevanten Taten begangen haben? (März 2016)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer auf der Krim und in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums vom 25. bis zum 30. März 2016 <http://www.razumkov.org.ua/upload/1461830509_file.pdf>

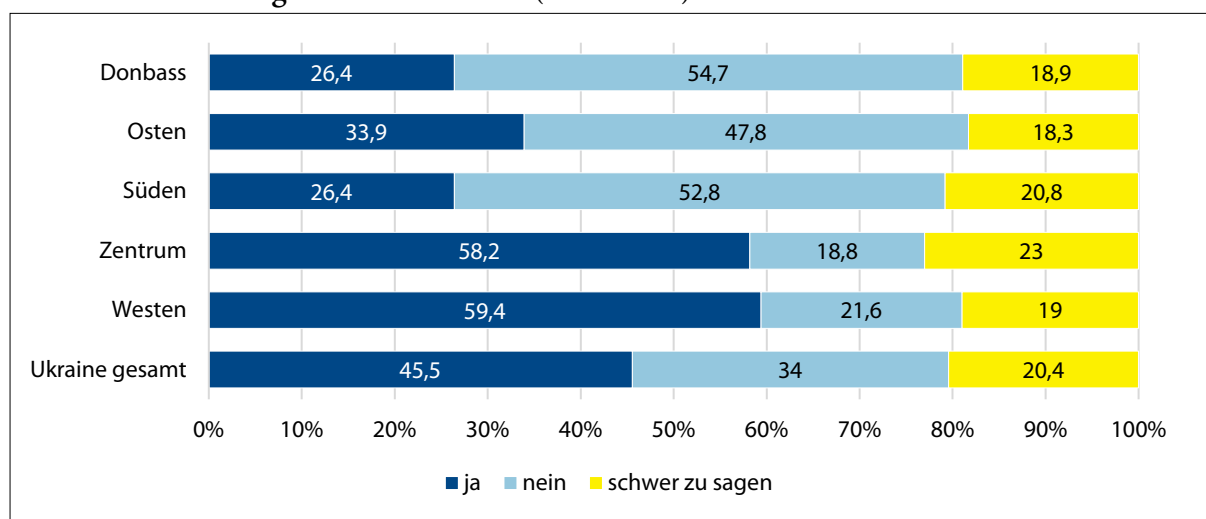
Grafik 5: Unterstützen Sie die Einstellung jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Ukraine und den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk (inkl. Einstellung der Sozialleistungen, der Energieversorgung, des Kaufs von Kohle, usw.) vor der vollständigen Wiederherstellung der Kontrolle über diese Gebiete durch die ukrainische Regierung? (März 2016)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer auf der Krim und in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums vom 25. bis zum 30. März 2016 <http://www.razumkov.org.ua/upload/1461830509_file.pdf>

Grafik 6: Unterstützen Sie die folgende Aussage: Den Bürgern der Ukraine, die Russlands Aggression gegen die Ukraine, die Krim-Annexion und die separatistischen Bewegungen im Osten und Süden unterstützt haben, muss man die ukrainische Staatsbürgerschaft entziehen? (März 2016)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer auf der Krim und in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: repräsentative Umfragen des Razumkow-Zentrums vom 25. bis zum 30. März 2016 <http://www.razumkov.org.ua/upload/1461830509_file.pdf>

DOKUMENTATION

Stellungnahmen zu Poroschenkos Vorschlag über eine bewaffnete OSZE-Mission in der Ostukraine

Ukraine

President: Political settlement of situation in Donbas is possible only after implementation of security items of Minsk agreements (24.04.2016)

President Petro Poroshenko emphasizes that there is no alternative to the return of Ukrainian sovereignty in Donbas and restoration of territorial integrity of Ukraine. However, the beginning of political settlement of the situation in Donetsk and Luhansk region is possible only after the implementation of all security items of the Minsk agreements by pro-Russian militants.

“Political settlement can be started only when security criteria are ensured. We cannot allow legitimization of Russian occupation through the mechanism of pseudo elections similar to the Crimean pseudo referendum or pseudo elections of November 2, 2014. We will not allow that,” the Head of State said in the interview with Ukrainian TV channels.

“It is the main part of the Minsk agreements—constant ceasefire and security criteria that must be complied with not only on the touch line, but also at the entire occupied territory,” Petro Poroshenko added.

According to the President, this position is also supported by Ukraine’s partners in the Normandy format and the United States.

According to the President, current OSCE SMM cannot ensure the fulfillment of the abovementioned items. Shelling is continued and the Mission cannot always record these violations of the Minsk agreements.

“For they are unarmed. They can only record the fact of shelling, but they cannot always identify the side responsible for that. Thus, we must introduce a new special police mission that will ensure the security conditions,” Petro Poroshenko emphasized.

“The OSCE mission should also deploy permanent armed checkpoints in the areas of withdrawal of heavy weaponry and in the uncontrolled area of the Ukraine–Russia border in order to prevent the supply of Russian weaponry to the militants,” the Head of State said.

“Thus, the activity of the police armed mission will be divided into three phases. First—security component. Second—preparation and holding of elections. Third—conveying power to newly elected representatives of the Ukrainian Donbas,” the President noted.

“After the completion of this process, the function of the Mission will be fulfilled,” Petro Poroshenko said.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/politichne-vregulyuvannya-situaciyi-na-donbasi-mozhlive-lish-37034>>

Deutschland

Das Auswärtige Amt zu angeblichen Planungen für eine bewaffnete OSZE-Mission in der Ostukraine (27.04.2016)

Zu Meldungen über angebliche Planungen für eine bewaffnete OSZE-Mission in der Ostukraine sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amts heute (27.04.) in Berlin:

»Die derzeitige Beobachtermission der OSZE in der Ostukraine ist eine zivile, unbewaffnete Mission. Das ist eine Entscheidung der 57 Teilnehmerstaaten der OSZE, und es gibt keine Absprachen unter Beteiligung Deutschlands und Frankreichs, weder innerhalb der OSZE noch im Normandie-Format, für Änderungen am zivilen Charakter der Mission.

Richtig ist, dass wir in Absprache innerhalb des Normandie-Formats als OSZE-Vorsitz das Sekretariat gebeten haben, Optionen zur Verbesserung der Sicherheit bei den geplanten Lokalwahlen zu entwickeln. Hier ist es zu früh, Ergebnisse festzustellen.

Ohne eine Entscheidung damit vorwegzunehmen: Für uns ist derzeit schwer vorstellbar, wie eine bewaffnete OSZE-Mission aussehen könnte, die das Ziel hätte, die Sicherheit der Wahlen in den Separatistengebieten wirksam durchzusetzen und die Sicherheit der OSZE-Beobachter zu verbessern.

Es gibt in der OSZE bisher keinen Präzedenzfall für eine bewaffnete Mission. Im Gegenteil: gerade ihr ziviler Charakter ist ein wichtiges Merkmal der OSZE-Beobachtermissionen, die mit der Akzeptanz der Konfliktparteien tätig werden.

Wenn man die Idee einer bewaffneten Mission zu Ende denkt, stellen sich eine ganze Reihe schwieriger rechtlicher, politischer, praktischer und militärischer Fragen.

Wir planen, in absehbarer Zeit ein erneutes Treffen im Normandie-Format auch auf Ebene der Außenminister auszurichten. Ein solches Treffen wäre dann auch der Anlass, all die Fragen im Zusammenhang mit den OSZE-Beobachtermissionen im Kreise der Normandie-Partner aufzunehmen.«

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2016/160427_OSZE_Ostukraine.html>

Russland

Foreign Minister Sergey Lavrov's interview with Vesti v Subbotu programme, June 4, 2016

(...) **Question:** What is happening with the OSCE armed mission in Ukraine? There are updates coming from Moscow and Kiev every day.

Sergey Lavrov: One can always indulge in wishful thinking, but misrepresenting something discussed at a top level in telephone conversations or personal meetings is somewhat unethical.

Indeed, over the past two to three months, Ukrainian representatives and Ukrainian President Petro Poroshenko have been literally obsessed with the idea that it is imperative to deploy some security forces all over the Donetsk and Lugansk republics, and only after there is international armed control over these areas it will be possible to conduct reforms, announce elections, change the constitution and so on. As a result, a top-level conversation revolved around increasing the efficiency of the OSCE mission working there. President of Russia Vladimir Putin spoke out, first of all, in favour of boosting the capabilities of this mission along the demarcation line. We supported the creation of several security zones along this line.

Question: This is what President Vladimir Putin talked about during the Q&A session, when he referred to it as a pretty good idea?

Sergey Lavrov: Yes, and creating several security zones in the most conflict-ridden areas, deploying additional OSCE observers there, and doing it in such a way as to thwart the Ukrainian armed forces' attempts to return to the areas liberated from them (such attempts were made in Shirokino, for example).

The second thing we proposed was to station 24/7 enhanced detachments of OSCE observers in the areas of heavy military equipment storage, where it is often withdrawn pursuant to the Minsk Agreements and where it often disappears—both to the east of the demarcation line and in the area controlled by the Ukrainian armed forces. We also said that if it helps, we will be ready to agree to this additional group of observers carrying personal weapons while they monitor the demarcation line and storage of heavy military equipment under an OSCE decision.

Question: So not only helmets but personal weapons as well?

Sergey Lavrov: Guns for self-defence. This is acceptable practice. We can say that it is an element of police functions, but first of all it would be for safeguarding and monitoring non-violation of the withdrawal line and storage areas. Moreover, we would be ready (it is being discussed with the OSCE) to support one of OSCE's proposals that emerged from the depth of its secretariat dealing with additional measures to ensure safety during elections. Our proposal was to supplement this OSCE mission and, to be more precise, create a separate observers' group for the elections, which, jointly with people's militia of Donetsk and Lugansk would monitor security. This is what we talked about and I would like to reiterate that it is in line with the discussions under way within the OSCE. (...)

Quelle: <http://www.mid.ru/en/press_service/minister_speeches/-/asset_publisher/7OvQR5KJWVmR/content/id/2302317>

Die OSZE-Mission zu den Protesten in der »DNR« (10.06.2016)

In Donetsk, the SMM observed 15,000–20,000 people participating in a demonstration against discussions surrounding an armed OSCE presence in the area. Before the demonstration began, the SMM noted 73 buses parked at the Donbas Arena and approximately 200 people waiting in the area. The SMM observed as crowds of people were directed by men in civilian clothes who had also arrived on the buses, towards various gathering points in the vicinity of a central public square. "Senior" "DPR" members spoke at the gathering and the demonstrators carried placards with slogans in English and Russian. The demonstrators began to disperse and return to the buses at approximately 11:00. More than 600 armed men and women (ten per cent women) were providing security for the gathering.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/246251>>

Angriffe gegen die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ostukraine

07.04.2016

SMM vehicle hit by bullet, and SMM threatened at gunpoint in Smile

On 7 April at 9:45hrs, while an SMM patrol, comprised of four SMM members in two armoured vehicles, was 3.5km north-east of Snizhne ("DPR"-controlled, 72km east of Donetsk) near the administrative boundary between Donetsk and Luhansk regions, the driver of the front SMM vehicle heard the trunk window crackling. After stopping to inspect the vehicle, the SMM noted on the lower right part of the trunk window a hole, 5mm in diameter, assessed to be caused by a bullet. This window was not bullet-proof, whereas a bullet-proof glass divides the trunk and the passenger cabin of the car. On the latter the SMM noted a small chip, 3mm in diameter, possibly caused by the same bullet. The SMM further observed a bullet exit point on the left side of the trunk window, a hole 15mm in diameter. No bullet or projectile was recovered from inside the vehicle. No SMM members were hurt and the patrol returned safely to its base in Luhansk city at 12:30hrs. Due to the fact that no shot was heard, the SMM cannot ascertain at what time and location it was hit.

In a separate incident at 14:22hrs on the same day, a different SMM patrol, comprised of five SMM members in two armoured vehicles, was stopped on the P-66 highway at a checkpoint north of Smile ("LPR"-controlled, 32km north-west of Luhansk) by a senior member of a local "LPR" armed formation known to the SMM, wearing military-type clothes. The same patrol had passed through the checkpoint earlier in the day without problems. The SMM patrol leader got out of the car to speak with the man. Angrily addressing the SMM patrol leader, the man insisted that the SMM had no right to be in the area. After the SMM explained its freedom of movement as provided by its mandate, upon the interlocutor's order, another man charged his weapon and pointed it at the patrol leader from a distance of 7m. The patrol leader then immediately got into the vehicle and the SMM patrol left the area. It returned safely to its base in Stakhanov at 16:15hrs.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/231901>>

09.04.2016**SMM patrol comes under fire, no one hurt**

On 9 April, an SMM patrol, comprised of five members in two armoured vehicles, was in Zhovanka, a government-controlled part of Zaitseve (50km north-east of Donetsk). The patrol was accompanied by the Ukrainian Armed Forces head of the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC) office in Toretsk.

At 12:52hrs, the SMM heard an explosion assessed as caused either by an 82mm mortar or a recoilless gun round impacting at a distance of approximately 100–200m south-east of its position. Within the next two seconds, small-arms shots were fired towards the SMM position coming approximately from the same direction of the impact. The SMM heard at least three–four bullets flying one–two metres above their heads. The SMM immediately took cover behind the vehicles, and then got inside them and left the location. No SMM members were hurt or vehicles damaged. The patrol returned safely to its base in Svitlodarsk at 16:00.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/232326>>

21.05.2016

In violation of the Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements, armed “DPR” members stopped the work of the SMM’s remote monitoring equipment in the area of the Donetsk airport.* The SMM learned that they had disconnected the power supply to related SMM equipment in Donetsk city, claiming they had an order to do so by Mr. Alexander Zakharchenko. The armed “DPR” members asked the SMM to remove the equipment and threatened to forcefully remove it themselves otherwise. The Joint Centre for Control and Co-ordination and the “DPR” points of contact were informed of the incident. The placement of the equipment had been co-ordinated with the sides prior to its installation. The actions of the armed “DPR” members effectively disabled the SMM’s cameras in the Donetsk airport area.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/241826>>

27.05.2016**SMM patrol comes under small-arms fire near Yasynuvata**

On 27 May an SMM foot patrol comprised of ten members (including a paramedic) was near “DPR”-controlled Yasynuvata (16km north-east of Donetsk) to follow up on a reported incident involving a “DPR” member injured by sniper fire. The SMM was accompanied by the Russian Federation Armed Forces Major General at the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC) and seven armed “DPR” members. The incident had allegedly occurred during a period for which the SMM jointly with the Ukrainian and Russian Generals at the JCCC had facilitated adherence to the ceasefire, in order to enable “DPR” members to recover the bodies of three armed “DPR” members reportedly killed in action the previous day.

At 12:14, whilst at the edge of a bridge overlooking the incident site, the SMM patrol heard a whistling sound of a bullet flying at a distance of 5–10 metres above their heads and shortly after—the sound of a gunshot. The SMM could not determine the direction of fire or the weapon used. The SMM members and all others present lay immediately on the ground to take cover. The SMM contacted the Ukrainian Armed Forces General at the JCCC to facilitate adherence to the ceasefire. At 12:33, while SMM members were about to leave the site, they heard another shot from an undetermined location. No one was hurt. The SMM waited for another 10–15 minutes, then left the site and returned safely to Yasynuvata.

Before coming under fire, the SMM had observed what it assessed as a frontline position 500m to the west, from where a group of several men shouted insults. After the SMM’s arrival on the scene, the men had put up a red and black flag on a nearby electricity pylon at the southern end of their position.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/243366>>

27.05.2016**SMM unmanned aerial vehicle downed near Horlivka**

At 09:28, the SMM lost all communication with its long-range unmanned aerial vehicle flying over “DPR”-controlled Ozerianivka (35km north-east of Donetsk), on the south-western outskirts of “DPR”-controlled Horlivka (39km north-east of Donetsk). Emergency procedures were activated but the UAV did not respond. Shortly before communications were lost, the UAV had spotted a multi-purpose tracked vehicle (MTLB) with a surface-to-air missile system (9K35 Strela-10, 120mm) mounted on top.

An SMM patrol based in nearby Horlivka, heard—at approximately the same time—an explosion 4–5km south-west (in the area where contact was lost with the UAV). An SMM patrol went to Ozerianivka, where residents told the SMM that they heard an explosion to the north-west of the village at the approximate time communication was lost with the UAV. The SMM could not reach the presumed crash site as both the Ukrainian Armed Forces and “DPR” members told the SMM that the area was mined.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/243361>>

03.06.2016

SMM loses unmanned aerial vehicle over Korsun

At 18:16 (EET) on 2 June the SMM lost all communication with an SMM long-range unmanned aerial vehicle (UAV) while it was flying at an altitude of 9,000ft in the area between “DPR”-controlled Korsun (31km north-east of Donetsk) and “DPR”-controlled Shevchenko (28km north-east of Donetsk).

While flying 2km south of Korsun village, 12.5km south-east of the contact line, the UAV experienced dual jamming of its Global Positioning System, causing loss of all communications and the video link. Seconds later, it experienced simultaneous system failures. At approximately 18:44 the Ukrainian Armed Forces liaison officer reported that they had lost the UAV from their radar, approximately 2km south of Korsun at the same time when the SMM had also lost communication with the UAV. The SMM informed the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC), who, as per established procedure, had been informed in advance of the UAV flight plan.

Simultaneous loss of all communication with the UAV strongly suggests that it was caused by an impact to the tail section of the UAV, where the anti-jamming system and the antennas are located, which in turn triggered the other system failures. According to the SMM’s preliminary assessment, these events likely caused the UAV to crash. At the time of reporting, the SMM, together with the JCCC, is going to the presumed crash site to recover possible UAV debris and the anti-jamming device in the tail section, and collect any other relevant information.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/244576>>

07.06.2016

An SMM national staff member based in Luhansk region has been missing since 7 June. The police were informed. The Mission has been working through all relevant channels to verify his whereabouts and ensure his safe return.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/245731>>

08.06.2016

An SMM national staff member held in “DPR”-controlled Donetsk was released, and was subsequently brought to government-controlled areas.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/245731>>

22.06.2016

SMM caught in mortar shelling in Vodiane

The SMM travelled to government-controlled Vodiane (94km south of Donetsk) in a visit that had been co-ordinated with representatives of the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC). At 11:18 the SMM was conducting a foot patrol and speaking with a couple at their house when the village was hit by seven mortar rounds assessed as 82mm calibre.

The SMM and Ukrainian Armed Forces, including a Ukrainian representative from the JCCC, took cover in a house. The SMM immediately contacted members of an SMM mirror patrol in “DPR”-controlled Kominternove (23km north-east of Mariupol), which was escorted by a Russian Federation Armed Forces representative to the JCCC, to try to facilitate a ceasefire. After 15 minutes, when the situation was assessed as safe, the patrol members left the house and proceeded to the two SMM armoured vehicles, parked approximately 70 metres west of the house. At this time, the patrol heard two more explosions assessed as mortar rounds impacting in the village, which caused the patrol members to lie on the ground before reaching the vehicles safely.

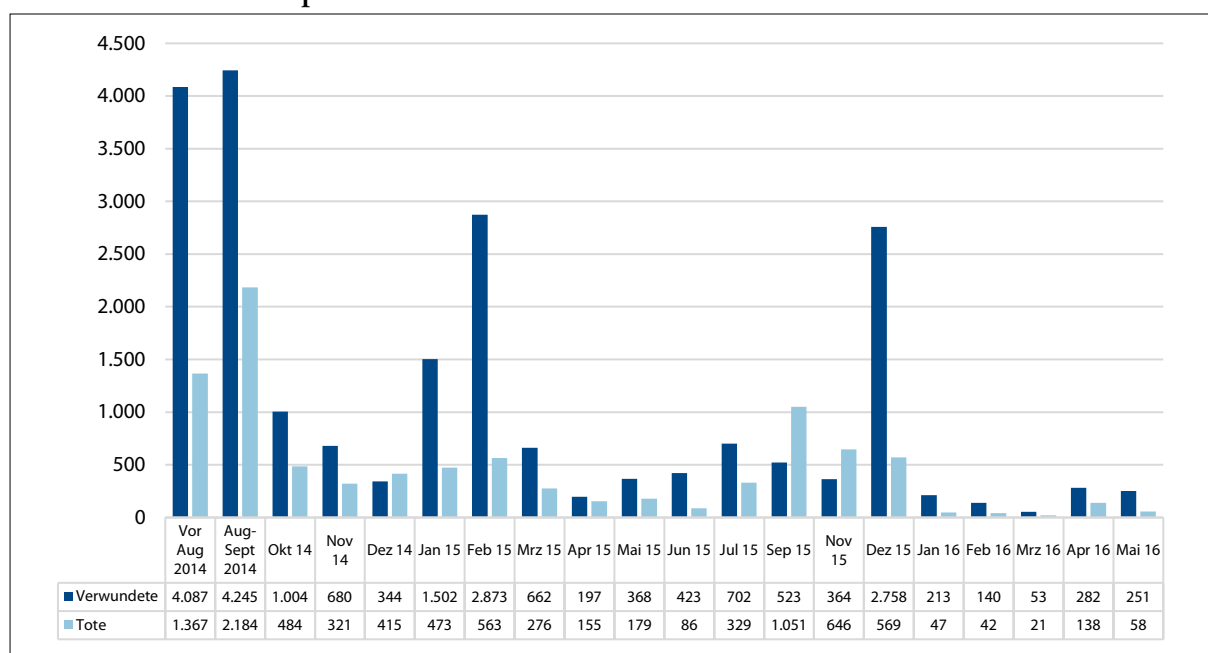
During the entire time the SMM patrol drivers remained in the vehicles. From there, they observed one impact at an approximate distance of 100–150 metres north and another at a similar distance to the south-east. One round caused a house in the south-west part of the village to catch fire; the house was burning fiercely when the patrol left the village. The patrol returned safely to its base in Mariupol at approximately 13:00.

Quelle: <<http://www.osce.org/node/248141>>

STATISTIK

Binnenflüchtlinge, Verletzte und Tote infolge des Donbass-Konflikts

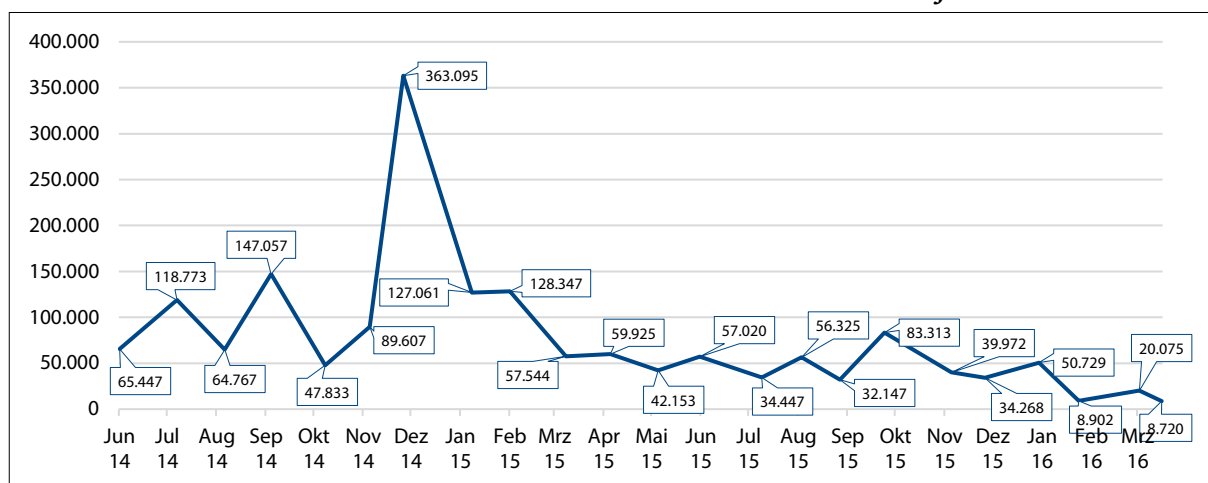
Grafik 1: Monatliche Anzahl von Toten und Verwundeten im Militärkonflikt in der Ostukraine seit Mitte April 2014



Anmerkung: Insgesamt wurden für den Zeitraum seit Mitte April 2014 21.671 Verwundete und 9.404 Tote ermittelt. Es handelt sich hierbei um sehr konservative Schätzungen der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in der Ukraine und der Weltgesundheitsorganisation. Die tatsächlichen Zahlen dürften viel höher sein. Die Zahlen umfassen Angehörige der ukrainischen Streitkräfte, Zivilisten, einige Mitglieder der bewaffneten Gruppen und Passagiere des abgestürzten Flugs MH17 der Malaysia Airlines.

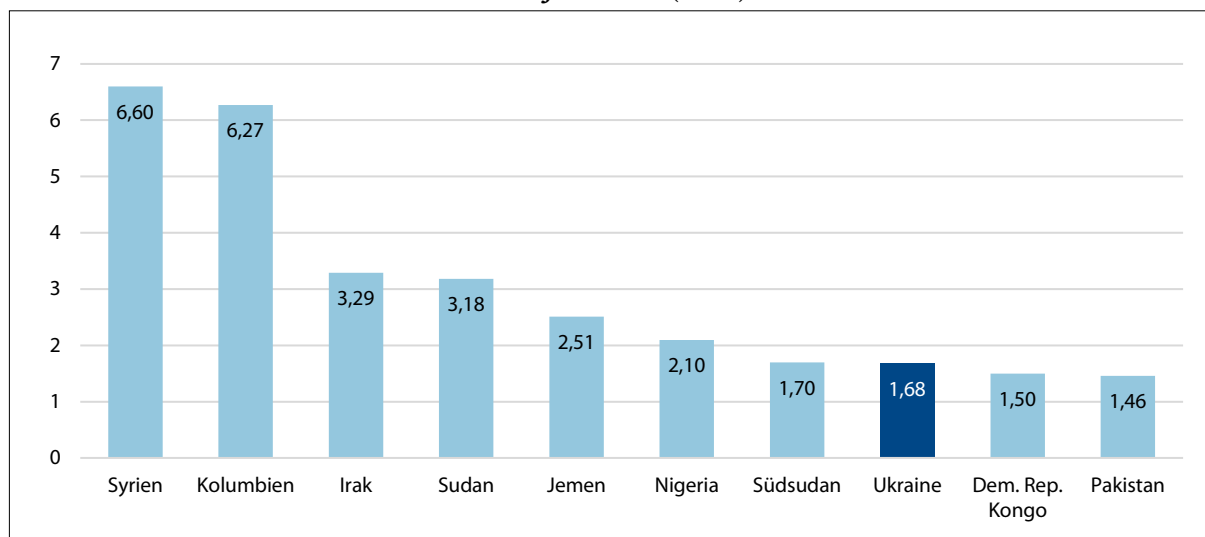
Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Ukraine Situation reports No. 1–39, Ukraine Situation Update No. 1–7, Humanitarian Bulletin Ukraine Issue 1–10, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

Grafik 2: Monatliche Anzahl der Binnenvertriebenen in der Ukraine von Juni 2014 bis Mai 2016

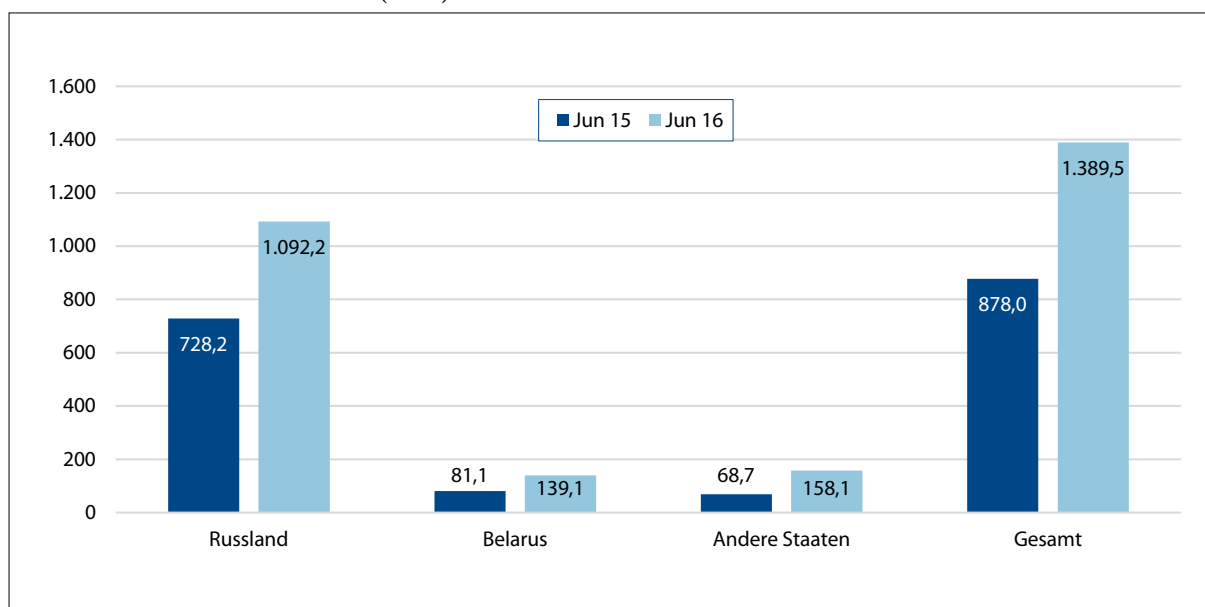


Insgesamt: 1.783.696 Binnenvertriebene

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben von UNOCHA, UNICEF, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

Grafik 3: Binnenvertriebene weltweit im Jahr 2015 (Mio.)

Quelle: IDMC 2015 Global Overview, UNHCR Global Trends 2015 <<http://www.internal-displacement.org/database>>.

Grafik 4: Flüchtlinge aus der Ukraine infolge des Militärkonflikts in der Ostukraine nach Zufluchtsländern (Tsd.)

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der UNHCR Operational Updates (22 May – 8 June 2015; 14 May – 10 June 2016), <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

UN-Länderteam für die Ukraine: 10 Fakten über die Ukraine-Krise

10 Things You Need to Know about Ukraine's Crisis (April 2016)

1. **A PROTRACTED CRISIS**—The humanitarian crisis in Ukraine continues to be a full-blown, protracted humanitarian emergency. While humanitarian aid is still needed in certain places, other needs have changed over two years of conflict. Relief, recovery and development intervention need to take place—urgently—at the same time. According to International Humanitarian Law (IHL), the Government is the primary responsible for all its citizens, wherever they are located within the internationally recognized borders of Ukraine. De facto authorities in Luhansk and Donetsk also bear responsibilities, according to IHL. The humanitarian community continues to engage with all partners—including the authorities—to support those in need. While Aid agencies are fully committed to helping the most vulnerable, a political solution to the conflict is the only way to stop human suffering, and bring back dignity to the many affected.
2. **DEAD AND INJURED**—Lives continue to be lost on daily basis. Since the conflict started two years ago, fighting has never ceased completely. Shelling and clashes increased in recent weeks and months. More than 9,200 people have been killed to date, among them some 2,000 civilians. More than 21,000 people have been injured. Many more are traumatised.
3. **PEOPLE IN NEED**—Two years into the conflict, 3.1 million Ukrainians are in need of humanitarian assistance, making this one of the 10 biggest humanitarian crises worldwide. People need protection, shelter, food, access to safe water, health care, markets and education, among others. In 2016, the humanitarian community—including national and international partners—will continue to strive to assist 2.5 million among the most vulnerable: the elderly, the children, women-headed households, and people with disabilities. Most of the people in need live in areas beyond Government control or along the 'contact line'.
4. **HUMANITARIAN RESPONSE**—To address the most pressing needs of people affected by the crisis in Ukraine, the humanitarian community requested US\$ 298 million from donors to support the projects of 147 partner organisations, the large majority of which are national NGOs. In 2016, humanitarian partners strive to supply more than 500,000 of the most vulnerable people with food assistance, ensure water supply and sanitation services for 1.7 million people and provide shelter for 300,000 people. More than 2.5 million people need protection, including full and non-discriminatory access to quality essential services and enjoyment of their rights. This is particularly true for those living in non-Government controlled areas. Humanitarian actors will continue to carry out protection monitoring, advise and advocate for much needed improvement of relevant legislation and improve social cohesion and resilience of people impacted by the conflict.
5. **'CONTACT LINE' AS A DE FACTO BORDER**—The frontline between Government-controlled areas and non-Government-controlled areas in eastern Ukraine resembles more and more a border. The Government of Ukraine put in place a 'pass system' for people and prohibited commercial goods and public transport across the 'contact line' in 2015. However, hundreds of thousands of people living in areas beyond Government control regularly need to cross the line in order to access their social payments, pensions, their savings and basic services, buy food, medication and other goods. On average, about half a million crossings are registered every month through the few operating checkpoints. More crossing points are needed, especially in Luhanska oblast, to soothe the hardship for the civilians striving to survive amidst unnecessary suffering.
6. **ELDERLY AND CHILDREN**—One of the characteristics that distinguish the humanitarian crisis in Ukraine from other crises around the world is the huge number of elderly people affected. More than one million of the 1.76 million registered internally displaced persons are pensioners, many of them live in non-Government controlled areas or in 'no man's land', while most of the younger family members have left the area. Yet, the conflict in Ukraine has also deeply impacted the lives of some 580,000 children living in non-Government controlled areas and close to the 'contact line'. Of these, 200,000, or one in three, need psycho-social support. One out of five schools in the conflict areas has been damaged or destroyed in and around the contact lines and over 215,000 children displaced in other parts of the country need a fuller integration in their new learning environment.
7. **DISPLACED PERSONS**—Hundreds of thousands have been displaced by the armed conflict in eastern Ukraine and the annexation of the peninsula of Crimea. As of April 2016, the Government registered a total of 1.78 million internally displaced persons (IDPs). This number includes Ukrainian citizens living in non-Government controlled areas who regularly cross the 'contact line' to access social payments and basic services and markets, visit family members and properties. These people, most of them pensioners, have registered as IDPs since existing laws link payments of benefits and pensions to the IDP status. Yet, in February 2016 the Government suspended

- payments to an estimated 600,000 IDPs in order to verify their status, owing to suspect of fraud schemes. The humanitarian community called upon the Government to stop suspension and elaborate a scheme on prevention of fraud based on national and international human rights standards, ensure a transparent system that provides clear information about the criteria for any cancellation of benefits, and proper communication to those concerned.
8. **HEALTH**—Access to key health services is a major problem for people living in areas beyond Government control. Health care issues hit the hardest the most vulnerable groups like the elderly, persons with disabilities and people with chronic illnesses, especially those living with HIV, TB, cancer, hepatitis, diabetes or serious infectious diseases. Donetska oblast used to be an epicentre of the HIV epidemic in Ukraine even before the conflict started. In addition, Ukraine has seen a polio outbreak in 2015, and the UN provided technical support to a countrywide vaccination campaign and procured polio vaccines for 4.7 million children.
 9. **INFRASTRUCTURE**—The ongoing conflict continues to impact civilian infrastructure. The provision of water, gas and electricity, which are inter-connected and provide services across the contact line, remain at risk. Some locations continue to experience significant service disruptions, affecting not only reliable supply of water for human consumption and domestic use, but also for heating. In March 2016, the Donetsk Water Treatment Station suspended operation for several days when staff had to be evacuated after shelling occurred in the area. Impact on the supply of water was almost immediately felt for 30,000 people living in Avdiivka (GCA) and parts of Yasynuvata (NGCA)—locations with very limited emergency water storage capacities. A greater humanitarian crisis was averted as the treatment station has resumed functioning on 17 March, following intense negotiations led by OSCE.
 10. **EXPLOSIVES AND LANDMINES**—Large areas of Donetska and Luhanska oblasts are left with deadly explosive remnants of war (ERW) including landmines. Between 15 February 2015 and April 2016, at least 289 civilian casualties (73 killed and 216 injured) were caused by ERW and improvised explosive devices (IED). This is more than a third of all conflict-related civilian casualties recorded by the UN human Rights Monitoring Mission during that period. Mine contamination-related threats are of particular concern in the planting season as many fields, woods and pastures are littered with explosive devices. The same refers to the fields close to the checkpoints where civilians often go for sanitation needs or as they attempt to circumvent the official checkpoints to cross the contact line. Mine action, demarcation of minefields, mine risk education and removal of ordnances are crucial to avoid further casualties and suffering.

Quelle: UN Country Team in Ukraine, <<http://reliefweb.int/report/ukraine/10-things-you-need-know-about-ukraine-s-crisis-enruuk>>

CHRONIK

13. – 26. Juni 2016

13.06.2016	Nach Angaben des Polizeichefs von Donezk kommt bei Granatenbeschuss des Dorfes Artemowe, das im von der Ukraine kontrollierten Gebiet liegt, eine Zivilistin ums Leben.
13.06.2016	Nachdem die Regierung am 18. Mai 2016 die Umstände für die Privatisierung des Hafens von Odessa geregelt hatte, legt der Fonds für Staatseinkommen FGI nun den 26. Juli 2016 als Termin für die Auktion fest. Zum Verkauf steht das Aktienpaket, das der Staat am Hafen hält. Dies sind 99,6 % der Anteile.
13.06.2016	Bei einem Brand in einem Kiewer Gericht werden zahlreiche Akten beschädigt. Zunächst heißt es, dass darunter auch Ermittlungsakten des Nationalen Büros zur Korruptionsbekämpfung seien. Der Pressesprecher des Gerichts bestreitet dies später.
13.06.2016	Ein Gerichtsbeschluss hebt eine Entscheidung der Behörde für Beschäftigung auf, die am 26. April 2016 dem Fernsehmoderator und Journalisten Sawik Schuster die Arbeitserlaubnis entzogen hatte. Schuster, der die populäre Talk-Show »Schuster live« moderiert, darf weiter in der Ukraine arbeiten.
14.06.2016	Parlamentssprecher Andrij Parubij erklärt, eine NATO-Mitgliedschaft sei das strategische Ziel der Ukraine.
14.06.2016	Die in den Jahren 2014 und 2015 in Russland zu Haftstrafen verurteilten Ukrainer Hennadyj Afanasjew und Jurij Soloschenko kommen im Rahmen eines Gefangenenaustauschs frei. Sie wurden zuvor vom russischen Präsidenten Wladimir Putin begnadigt. Im Austausch können Elena Glischtschinskaja und Witalij Didenko, zwei in der Ukraine wegen Separatismus verurteilte Organisatoren des »Volksrates Bessarabien«, das Gefängnis in Odessa verlassen.
15.06.2016	Das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) wendet sich an die Generalstaatsanwaltschaft mit der Aufforderung, dem Abgeordneten Oleksandr Onischtschenko die Immunität zu entziehen und gegen ihn Ermittlungen einzuleiten. Onischtschenko steht im Verdacht, in verschiedene Korruptionsaffären verwickelt zu sein. Der Vorsitzende des Nationalen Büros zur Korruptionsbekämpfung hatte z. B. angedeutet, Onischtschenko habe versucht, an 150 Millionen US-Dollar aus den eingefrorenen Mitteln des ehemaligen Ministerpräsidenten Mykola Asarow zu gelangen.
16.06.2016	Die britische Journalistengruppe Bellingcat veröffentlicht einen neuen Bericht, der mithilfe von Satellitenbildern den Einsatz russischer Truppen im Konflikt in der Ostukraine im Jahr 2014 belegen soll. Die Gruppe hat bereits mehrfach frei zugängliche Satellitenfotos und Daten aus sozialen Medien auf Indizien für die Präsenz russischer Truppen in der Ostukraine hin untersucht.
16.06.2016	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das eine 35%-Quote für ukrainischsprachige Lieder im Radio festlegt. Die Quote muss sowohl im Gesamtprogramm als auch im Programm zwischen 07:00 und 14:00 Uhr und zwischen 15:00 und 22:00 Uhr erfüllt werden. Für Sender, deren musikalisches Programm zu insgesamt 60 % aus Liedern in den Amtssprachen der EU besteht, gilt eine Quote von 25 %.
16.06.2016	Das Verteidigungsministerium kündigt für die kommenden Wochen die Demobilisierung der fünften Runde der im Donbass stationierten Soldaten der ukrainischen Armee an.
16.06.2016	Die staatliche Kommission zur Regulierung der Preise von Energie und kommunalen Dienstleistungen erhöht die Wasserpreise. Die Erhöhung sei mit den gestiegenen Energiepreisen und Gehaltserhöhungen für Mitarbeiter der Versorgungswerke zu erklären. Der Tarif steigt ortsabhängig um zwischen fünf und 50 Prozent.
17.06.2016	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko ernennt Oleh Schutschenko zum Vorsitzenden der Staatsanwaltschaft des Gebietes Odessa. Schutschenko übt das Amt kommissarisch bereits seit März 2006 aus.
17.06.2016	Der stellvertretende Vorsitzende der Präsidialadministration Konstantin Eliseew knüpft die Durchführung von Wahlen in den von Separatisten kontrollierten Gebieten an die Präsenz einer bewaffneten Polizeimission, die für eine sichere Durchführung der Wahlen sorgen könne.
17.06.2016	Die EU verlängert die Sanktionen, die gegen Russland im Zuge der Krim-Annexion im Jahr 2014 erlassen wurden, um ein Jahr bis zum 23. Juni 2017. Die Sanktionen beinhalten u. a. ein Importverbot für Waren von der Krim sowie ein Verbot für Touristikunternehmen, Dienstleistungen auf der Krim anzubieten.
17.06.2016	Die OSZE-Beobachtermission konstatiert eine Zunahme der Gewalt im Donbass. Beide Seiten hielten sich nicht an die Minsker Vereinbarungen, so der stellvertretende Vorsitzende der Mission, Alexander Hug.
18.06.2016	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, er sei mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko darüber einverstanden, dass die OSZE-Beobachtermission ausgebaut und gestärkt werden müsse – einschließlich einer möglichen Bewaffnung der Beobachter.
18.06.2016	In Ismail im Gebiet Odessa suchen bis zum Abend etwa 300 Menschen mit Vergiftungssymptomen ärztliche Hilfe auf, der Ausnahmezustand wird ausgerufen. Proben des Trinkwassers liefern zunächst keine Anhaltspunkte. Am Folgetag erklärt eine Gesundheitsbehörde, dass ein Teilgebiet der Stadt mit verschiedenen Viren und Bakterien infolge plötzlicher heftiger Regenfälle verunreinigt wurde.
20.06.2016	Nach Angaben des ukrainischen Vertreters in einer Arbeitsgruppe der trilateralen Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE in Minsk stehen die Verhandlungspartner kurz vor einer Einigung zum Abzug der Kampfeinheiten von der Frontlinie im Donbass.

20.06.2016	Finanzminister Oleksandr Daniljuk erklärt, die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond über die Auszahlung der dritten Tranche eines Hilfskredits seien positiv verlaufen. Die beiden ersten Tranchen des Kredits in Höhe von insgesamt fünf Milliarden US-Dollar waren im März und August ausgezahlt worden. Für seine Unterstützung verlangt der IWF umfangreiche Umstrukturierungen und Reformen, unter anderem einen Abbau der Subventionen für Energie und kommunale Versorgung.
21.06.2016	Die Staatsanwaltschaft durchsucht Privaträume des ehemaligen Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrates Andrij Klujew und seines ehemaligen Stellvertreters Wolodymyr Siwkowitsch. Beide sind laut Staatsanwaltschaft für die gewaltsame Auflösung der Studentenproteste auf dem Kiewer Maidan vom 30. November 2013 mitverantwortlich.
21.06.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman erklärt seine Absicht, das Steuersystem in den kommenden drei bis fünf Jahren nicht zu verändern, um Unternehmen die Prognosen ihrer Steuerlast zu erleichtern.
21.06.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman kündigt für das Jahr 2017 ein Straßenbauprogramm im Umfang von mehreren Milliarden US-Dollar an. Die Finanzierung werde zu Teilen aus Mitteln der Weltbank bestritten. Alle Aufträge sollten in transparenten Ausschreibungen vergeben werden.
21.06.2016	Präsident Petro Poroschenko erklärt in einem Interview, dass die Verfassung hinsichtlich eines Sonderstatus für den Donbass erst geändert werden könne, wenn russische Truppen aus den Separatistengebieten abgezogen worden seien. Die OSZE müsse zudem Zugang zu dem Teil der ukrainisch-russischen Grenze erlangen, der von der Ukraine nicht kontrolliert wird.
22.06.2016	Der Abgeordnete Oleksandr Onischtschenko, gegen den das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) wegen der Verwicklung in Korruptionsaffären ermittelt, reicht seinerseits Klage gegen das NABU und die Generalstaatsanwaltschaft ein. Die Anschuldigungen der Organe verletzen seinen Ruf und seine Ehre.
22.06.2016	Der Inlandsgeheimdienst SBU verweist Wladimir Tschurban, den Chef der russischen Delegation des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums des Landes und verbietet ihm die Einreise für fünf Jahre. Er habe Daten zu Flügen von Aufklärungsdrohnen der OSZE an die Separatisten weitergegeben.
23.06.2016	Die Nationalbank der Ukraine senkt den Leitzins von 18 auf 16,5 %. Im Mai 2016 war er das letzte Mal abgesenkt worden.
24.06.2016	Präsident Petro Poroschenko drückt nach dem britischen Referendum für einen EU-Austritt des Landes seine Hoffnung aus, Großbritannien werde auch weiterhin gemeinsame europäische Werte verteidigen.
26.06.2016	Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, der EU-Austritt des Vereinigten Königreiches werde den Prozess der Aufhebung der Visapflicht für ukrainische Staatsbürger bei Reisen in die EU um höchstens einige Wochen verzögern. Zuvor hatte Klimkin erklärt, der Austritt werde keinerlei Auswirkungen haben.
26.06.2016	Die Pressestelle des Generalstabs der ukrainischen Armee meldet einen Rückgang der Zahl der Kampfhandlungen im Donbass.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [<www.laender-analysen.de>](http://www.laender-analysen.de).

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/belarus/>](http://www.laender-analysen.de/belarus/)

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [<http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>](http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html)

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>](http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/)

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/russland/>](http://www.laender-analysen.de/russland/)

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>](http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html)

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>](http://www.laender-analysen.de/ukraine/)

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>](http://www.laender-analysen.de/zentralasien/)

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php), [<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php)